

„Eva, Simon und die Anderen“

Jüdische Geschichte und Kultur im Raum Herford

Ausstellung im Rahmen des Jubiläumsjahres 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland 2021

Schirmherrschaft von Ausstellung und Begleitprogramm:
Landrat Jürgen Müller, Herford
Bürgermeister Tim Kähler, Herford

Gefördert durch:

Wir laden herzlich ein

Am 11. Dezember 321 erlässt der römische Kaiser Konstantin ein Edikt. Es legt fest, dass jüdische Menschen städtische Ämter in der Kurie, der Stadtverwaltung Kölns, bekleiden dürfen und sollen. Dieses Edikt belegt eindeutig, dass jüdische Gemeinden bereits seit der Spätantike wichtiger integrativer Bestandteil der europäischen Kultur sind.

2021 steht Deutschland in besonderem Fokus, denn in diesem Jahr leben Jüdinnen und Juden nachweislich seit 1700 Jahren auf dem Territorium des heutigen Deutschlands.

1988 wurde in Herford die Ausstellung „Juden in Herford - 700 Jahre jüdische Geschichte und jüdische Kultur in Herford“ gezeigt, die erste umfassende Darstellung zum Thema.

Aus Anlass des Jubiläumsjahres zeigt das Kuratorium, das in Folge der damaligen Ausstellung entstanden ist, eine um viele neue Forschungen und Aspekte ergänzte Ausstellung unter dem Titel

„Eva, Simon und die Anderen“

Jüdische Geschichte und Kultur im Raum Herford

Rund um die Ausstellung finden zahlreiche Veranstaltungen und weitere Aktivitäten statt.

Leihgeber/Unterstützer u.a.:

Landesarchiv NRW Westfalen, Münster (LANRWMS)/ Landesarchiv NRW Ostwestfalen, Detmold (LANRWDT) / Centrum Judaicum Berlin (CJ) / The Central Archives for the History of the Jewish People Jerusalem (CAHJP) / Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Heidelberg (ZA) / Widukind-Museum Enger (WME) / Städt. Museum Herford / Jüdisches Museum Westfalen in Dorsten (JMW) / Netzwerkgruppe Bünde, Christina Whitelaw (NB) / Werner Brakensiek, Enger / Norbert Sahrhage,

Spenge / Günter Schölzel, Vlotho / Jörg Militzer, Bünde / Harald Darnauer, Bünde / Lutz Brade, Herford / Harry Rothe, Herford / Ute und Peter Pahmeyer, Herford / Ruben Heinemann, Herford

Kooperationspartner*innen: Jüdische Gemeinde Herford-Detmold, Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Herford, Evangelische Erwachsenenbildung Herford, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus OWL, Fachstelle NRWeltoffen im Kreis Herford, Mendel-Grundmann-Gesellschaft Vlotho, Kreisheimatverein Herford e.V., Museen und Archive im Kreis Herford

Inhalte und Texte: Christoph Laue
Kuratorium Erinnern Forschen Gedenken e.V. /Kommunalarchiv Herford

Gestaltung: Elke Brunegraf

Filmproduktion: Michael Girke, Norbert Kaase, Frank Wierke

„Eva, Simon und die Anderen“
Jüdische Geschichte und Kultur im Raum Herford

Informationen zur Ausstellung

Gedenkstätte Zellentrakt, Rathausplatz 1, 32052 Herford

geöffnet: samstags und sonntags 14 bis 16 Uhr
und nach Vereinbarung für Schulklassen und Gruppen aller Art.
Führungen und pädagogische Angebote auf Wunsch.

Kontakt:
05221 189257
info@zellentrakt.de

Weitere Informationen und Materialien:

www.zellentrakt.de

Kuratorium Erinnern Forschen Gedenken e.V.
Vorsitzende: Gisela Küster
Geschäftsstelle: Gedenkstätte Zellentrakt,
Rathausplatz 1, 32052 Herford, 05221-189257
info@zellentrakt.de, www.zellentrakt.de
Vereinsregister (AG Bad Oeynhausen): VR 1289

01
HERZLICH WILLKOMMEN

Am 11. Dezember 321 erlässt der römische Kaiser Konstantin ein Edikt. Es legt fest, dass jüdische Menschen städtische Ämter in der Kurie, der Stadtverwaltung Kölns, bekleiden dürfen und sollen. Dieses Edikt belegt eindeutig, dass jüdische Gemeinden bereits seit der Spätantike wichtiger integrativer Bestandteil der europäischen Kultur sind.

1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland

2021 steht Deutschland in besonderem Fokus, denn in diesem Jahr leben Jüdinnen und Juden nachweislich seit 1700 Jahren auf dem Territorium des heutigen Deutschlands.

700 Jahre jüdisches Leben in Herford

1988 wurde in Herford die Ausstellung „Juden in Herford - 700 Jahre jüdische Geschichte und jüdische Kultur in Herford“ gezeigt, die erste umfassende Darstellung zum Thema.

Aus Anlass des Jubiläumsjahres zeigt das Kuratorium, das in Folge der damaligen Ausstellung entstanden ist, eine um viele neue Forschungen und Aspekte ergänzte Ausstellung unter dem Titel

„Eva, Simon und die Anderen“
Jüdische Geschichte und Kultur im Raum Herford

Rund um die Ausstellung finden zahlreiche Veranstaltungen und weitere Aktivitäten statt.

Schirmherrschaft von Ausstellung und Begleitprogramm:
Landrat Jürgen Müller, Herford
Bürgermeister Tim Kähler, Herford

Inhalte und Texte:
Christoph Laue / Kuratorium Erinnern Forschen Gedenken e.V. /
Kommunalarchiv Herford (KAH)

Gestaltung:
Elke Brunegraf

Leihgeber/Unterstützer:
Landesarchiv NRW Westfalen, Münster (LANRWMS)/ Landesarchiv NRW Ostwestfalen, Detmold (LANRWDT) / Centrum Judaicum Berlin (CJ) / The Central Archives for the History of the Jewish People Jerusalem (CAHJP) / Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Heidelberg (ZA) / Widukind-Museum Enger (WME) / Städt. Museum Herford / Jüdisches Museum

Westfalen in Dorsten (JMW) / Netzwerkgruppe Bünde, Christina Whitelaw (NB) / Werner Brakensiek, Enger / Norbert Sahrhage, Spenge / Günter Schölzel, Vlotho / Jörg Militzer, Bünde / Harald Darnauer, Bünde / Lutz Brade, Herford / Harry Rothe, Herford / Ute und Peter Pahmeyer, Herford / Ruben Heinemann, Herford

Kooperationspartner*innen:

Jüdische Gemeinde Herford-Detmold

Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Herford

Evangelische Erwachsenenbildung Herford

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus OWL

Fachstelle NRWeltoffen im Kreis Herford

Mendel-Grundmann-Gesellschaft Vlotho

Kreisheimatverein Herford e.V.

Museen und Archive im Kreis Herford

02

Die Ausstellung

Aufbau und Gliederung

Das Design der Ausstellung nimmt sich das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas, kurz Holocaust-Mahnmal“ in Berlin zum Vorbild. Graue Stelen versinnbildlichen den Verlust für Deutschland und den Raum Herford durch den Holocaust. In der Ausstellung stehen aber nicht die Verfolgungs- und Vernichtungszeiten, sondern gerade die fragile „Normalität“ und der Alltag der Juden im Raum Herford im Mittelpunkt.

Kulturelle und wirtschaftliche Höhen und Verluste werden dargestellt und der Beitrag der Juden zur Entwicklung der Gesellschaft und Wirtschaft gezeigt. Der Wiederbeginn nach 1945 und die aktuelle Situation der jüdischen Gemeinschaft im Raum Herford stehen am Ende der Ausstellung.

Aktuelle Entwicklungen des Antisemitismus in Deutschland und dem Raum Herford bilden einen eigenen Part. Die Ausstellungstexte sind so kurz wie möglich gehalten, vieles wird durch die Exponate ergänzt und verdeutlicht. Auf eine Erklärung der jüdischen Bräuche und Kulturen wird größtenteils verzichtet, die Installation eines Festtagstisches und Exponate aus jüdischen Familien liefern dazu einen Beitrag.

Die Ausstellung besteht aus zwölf chronologisch und thematisch angeordneten Stelen mit je vier Seiten mit Texten und Reproduktionen, einigen Originalen, acht Vitrinen mit Exponaten und drei Touchscreen-Stationen, an denen kurze Filmsequenzen zu verschiedenen Themen abgerufen werden können. Im Flur zur Druckerei finden sich Tafeln zum aktuellen Antisemitismus.

Stele 1 – Einführung
Stele 2 – Judenfeindschaft früher bis heute
Stele 3 – Herford, erste Zeugnisse bis 1500
Stele 4 – Herford, Neuzeit von 1500 - 1800
Stele 5 bis 7 – Herford von 1800 – 1933
Stele 8 – Herford von 1933 – 1945
Stele 9 – Bünde von 1687 bis heute
Stele 10 – Vlotho von 1690 bis heute
Stele 11 – Enger/Spenge von 1687 bis heute
Stele 12 – Kreis und Stadt Herford von 1945 bis heute
Vitrine – Kultgegenstände
Jüdischer Festtagstisch

Die Ausstellung im Zellentrakt wird ergänzt durch an 20 Orten jüdischen Lebens im Kreis Herford (Synagogen, Friedhöfen und Wohnorten) angebrachte QR-Codes mit Hörtexten zur Selbsterkundung, die auch über www.zellentrakt.de abgerufen werden können.

03

Juden in Deutschland seit 321

Eine religiöse und kulturelle Minderheit

Juden in Deutschland lebten seit 321 immer als konfessionelle und kulturelle Minderheit. Das an den Kölner Stadtrat ergangene Dekret Kaiser Konstantins des Jahres 321, das Juden als römische Bürger auch in die Stadtverwaltung berief, gilt als frühester Beleg für die Existenz einer jüdischen Gemeinde in Deutschland.

„Allen Stadträten gestatten Wir durch allgemeines Gesetz, Juden in die Kurie zu berufen. Damit ihnen aber eine gewisse Entschädigung für die frühere Regelung verbleibt, lassen Wir es zu, dass immer zwei oder drei das Vorrecht genießen sollen, durch keinerlei Berufung (zu Ämtern) in Anspruch genommen zu werden.“

Eine kontinuierliche Anwesenheit von Juden begann wahrscheinlich erst im 9. Jahrhundert. Erste jüdische Gemeinden bildeten sich in Köln, Trier, Mainz, Worms und Speyer. Das Judentum war als Religion erlaubt, die rechtliche Stellung war während der römischen Zeit gesichert. Juden besaßen das volle Bürgerrecht. Der erste namentlich bekannte Jude ist der Großkaufmann „Isaak“ am Hof Kaiser Karls des Großen. Sein Sohn Ludwig der Fromme vergab um 825 Privilegien an die Juden.

Die noch heute verbreitete Bezeichnung „aschkenasische Juden“ entwickelte sich während des 9. Jahrhunderts im deutschsprachigen Raum.

Im 10. und 11. Jahrhundert stieg die Zahl der Juden von etwa 5.000 auf 20.000 durch Zuwanderung aus Italien und Südfrankreich. Die rheinischen jüdischen Gemeinden erlebten ihre Blütezeit. Ende des 10. Jahrhunderts gab es erste Niederlassungen in Magdeburg und Merseburg. Überall erhielten Juden günstige Privilegien, um ihre Wirtschaftskraft auszunutzen.

Die ersten Synagogen entstanden in Köln 1012, Worms 1034 und Trier 1066, auch jüdische Friedhöfe wurden angelegt. Der älteste erhaltene befindet sich in Worms. Judenquartiere (Judengassen) wuchsen zunächst weniger aus Zwang, als aus praktischen Gründen, da so leichter der Sabbat eingehalten und die Mikwe aufgesucht werden konnte. Die Gemeinden verwalteten sich selbst.

Ab dem 12. Jahrhundert betrieben Juden als Folge des auf Christen beschränkten Zinsverbots zunehmend das Kreditgeschäft. Sogenannte Schutzjuden oder ganze Gemeinden erhielten gegen hohe finanzielle Gegenleistungen das Geleit (Niederlassungsrecht) des Königs, das aber jederzeit aufgehoben werden konnte.

Dies änderte sich nach den Pogromen gegen jüdische Gemeinden während des Ersten Kreuzzugs ab 1096. Schließlich wurden die Juden Mitte des 13. Jahrhunderts als unfreie „Kammerknechte“ des Kaisers Friedrich II. definiert. Schutz von Leben und Eigentum war mit Verlust von persönlicher Freiheit und mit Sondersteuern verbunden. Gleichzeitig radikalisierte sich die kirchliche Haltung gegenüber den Juden, was ab 1215 zur Kennzeichnung von Juden durch Judenhut und gelben Fleck führte.

Zahlreiche Judenverfolgungen sind im Mittelalter überliefert. Die Ermordung einer großen Zahl in der Zeit der Pestepidemie um 1350 war der tiefste Einschnitt. Danach wurden Juden zu schlechteren Bedingungen wieder aufgenommen, weil Fürsten und Städte ihre Wirtschaftskraft nutzen wollten. Es gab nur noch Geleit für einzelne Personen mit ihrer Familie. Gerade die Feindschaft gegenüber jüdischen Geldverleihern führte immer wieder zu Ausschreitungen. Zins und Tilgung in Verbindung mit Neid führten zu Feindlichkeit, die dann auf die gesamte jüdische Bevölkerung übertragen wurde.

04

Juden in Westfalen

Erste Gemeinden im 12. Jahrhundert

Der früheste Nachweis eines Juden in Westfalen stammt aus 1096, als ein vor den Judenverfolgungen in Köln geflohener Jude zunächst dort zum Christentum übertrat und nach seinem Widerruf ermordet wurde. Ab dem 12. Jahrhundert bildeten sich erste kleine jüdische Gemeinschaften in Münster, Minden, Dortmund, Soest und Osnabrück. Juden erhielten dort

sogar schon Bürgerrechte. Im Sommer 1350 wurde diese Entwicklung durch die Ermordung vieler Juden als Folge der Schuldzuweisung bei der Pestepidemie unterbrochen.

In den Jahren bis zum 30jährigen Krieg gab es in den meisten Städten Westfalens nur kleine jüdische Ansiedlungen. Meist wurden sie nur kurzfristig geduldet, Niederlassungsrechte erhielten sie nur durch entsprechendes „Geleit“ durch Kaiser, Fürsten und Städte gegen hohe Zahlungen. Teilweise konnten sie sich trotzdem durch das risikoreiche und verachtete Geschäft der Geldleihe Wohlstand und Besitz erarbeiten. Sie trugen damit zur wirtschaftlichen, kirchlichen und kulturellen Entwicklung gerade der Klöster und Städte bei, waren aber deshalb auch immer wieder Opfer von Vertreibungen und Verfolgungen. Die Mehrzahl lebte vom Trödel- oder Kleinhandel im Umherziehen in Konkurrenz zu den Gilden und Zünften in den Städten. Einige wurden aus Not zu kriminellen Handeln genötigt.

Nach dem 30jährigen Krieg organisierte der brandenburgisch-preußische Staat das Judengeleit neu und siedelte jüdische Familien zielgerichtet in den Städten an. Die Zahlungen wurden zentral nach Berlin gesandt. Zahlreiche Edikte regelten das Zusammenleben und den Wirtschaftsverkehr zwischen Juden und Andersgläubigen. Geregelt Überwachung, aber auch relative Selbständigkeit prägten den Alltag der jüdischen Familien und Gemeinden.

Mit der Aufklärung und der Beachtung von Menschenrechten in Folge der französischen Revolution und der Errichtung des Kaiserreichs Frankreich und Königreichs Westphalen begann die Emanzipation, die durch die Preußen weiter fortgesetzt wurde. Niederlassungsrechte, freie Berufswahl und neue Techniken, Wirtschaft und Wissenschaft ebneten den Weg zu gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Aufschwung. Die Gemeinden wuchsen stark an. Einige Juden bauten aus kleinen Anfängen große Industriebetriebe auf. Die jüdischen Gemeinden konsolidierten sich, schufen sich die wichtigen Einrichtungen wie Synagogen, Friedhöfe und Mikwen und bildeten Kultur- und Wohltätigkeitsvereine. Viele engagierten sich im öffentlichen und politischen Leben der Städte und Gemeinden.

Trotz des Ende des 19. Jahrhunderts einsetzenden, vor allem wirtschaftlich begründetem neuen Antisemitismus erreichten Juden eine relative Gleichstellung. Mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs zogen zahlreiche Juden als Kriegsfreiwillige an die Front und in den Tod. In der Weimarer Zeit verstand sich die Mehrzahl der Juden als emanzipiert und eher national und glaubte sich auch noch zu Beginn der NS-Zeit vor Verfolgung geschützt. Gleichzeitig verstärkte sich der aggressive Antisemitismus, der schließlich ab 1933 zu offener Diskriminierung, Ausgrenzung und Ermordung der Mehrzahl der westfälischen Juden führte.

Christlicher Antijudaismus

Grundlage der auch in Deutschland seit 1700 Jahren bestehenden Judenfeindschaft ist der christlich begründete Antijudaismus. Die Anhänger des Juden Jesus von Nazareth trennten sich von den ursprünglichen Synagogengemeinden. Juden bezeichneten Jesus als einen ihrer Propheten, Christen als den neuen Heiland. Damit vollzog sich der Bruch zwischen den Religionen.

Die unterschiedliche Interpretation des Kreuztodes von Jesus mit dem historisch falschen Vorwurf, die Juden hätten Jesus ermordet, führte zu weiteren Differenzen. Es bildete sich die christliche Kirche aus, die dann im römischen Reich zur Staatsreligion wurde. Die frühen Kirchenlehrer attackierten die Juden als Leugner einer christlich verstandenen Gesellschaftsordnung und forderten eine räumliche, kultische und wirtschaftliche Trennung der Religionsgruppen.

In der Mehrzahl blieben die Juden im Alltag ihren Überzeugungen treu, lebten als kleine Minderheit in Nachbarschaft mit den Christen und pflegten ihren Kultus, der von christlicher Seite mit dem Vorurteil sektenhafter Handlungen belegt wurde.

Die christliche Judenfeindschaft setzte sich im Mittelalter in gesellschaftliche Benachteiligungen um, die wiederum Vorurteile gegen die Juden hervorriefen. Juden unterlagen Berufsverboten, nur sie durften Geld gegen Zinsen verleihen, daraus entstand der Vorwurf der Geldanhäufung und betrügerischer Absichten.

Diese Judenfeindschaft eskalierte in Europa und Deutschland während der Kreuzzüge des 11. bis 13. Jahrhunderts. Bei den Kreuzzügen gegen die moslemischen Christenfeinde in Vorderasien wurden auch die Juden als Feinde des christlichen Glaubens identifiziert und von den Kreuzfahrern ermordet.

In Deutschland – wo Juden in den Städten im Rheinland weitgehende Rechte und Toleranz erlangt hatten – veränderte sich ebenso die Situation. Juden wurden von ehemals freien Bürgern zu „Kammerknechten“, persönlichem Besitz der deutschen Kaiser herabgestuft: „Alle Juden gehören uns mit ihrem Leib und ihrem Besitz. Wir können mit Ihnen alles tun, was wir wollen und wie es uns beliebt.“ (Ludwig der Bayer 1343).

Aus der christlichen Judenfeindschaft war offene gesellschaftliche Ausgrenzung geworden. Viele Juden verarmten wegen der auf Pfandleihe und Geldverleih eingeschränkten Berufstätigkeit und Abhängigkeit bei der Niederlassung von Genehmigungen gegen hohe Zahlungen (Geleit).

Auch dies bestätigte das negative Image der Juden. Die Ausgrenzung

verstärkte sich auch durch Kleiderordnungen und die Kennzeichnungspflicht für Juden - zunächst ab 1215 ein „Judenhut“, im 16. Jahrhundert ein „Judenfleck“ (gelber Ring), sowie durch die Errichtung besonderer Wohnbezirke für Juden (Judengassen, Ghettos).

06

Judenfeindschaft und Antisemitismus

Mittelalter und frühe Neuzeit

In der Zeit der Pestepidemien 1348 bis 1350 eskalierte die Judenfeindschaft weiter. Juden wurden als „Brunnenvergifter“, als Verursacher der Epidemie ausgemacht und in vielen Orten in Deutschland ermordet. Kurze Zeit später wurden die Juden mit ihren weiterhin eingeschränkten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rechten aber wieder von den Herrschenden „gebraucht.“

In der Reformationszeit blieb in den katholischen Ländern die religiöse Judenfeindlichkeit erhalten, während sich in den reformierten und lutherischen Gebieten eine veränderte Judenfeindschaft entwickelte. Martin Luther bezeichnete zwar die Juden in seiner Schrift „Daß Jesus Christus ein geborener Jude sei“ als „Blutsfreunde, Vettern und Brüder unseres Herrn“, griff aber in späteren Schriften christliche und gesellschaftliche Vorurteile auf.

In der Schrift „Von den Jüden und ihren Lügen“ 1543 formulierte er sogar, die Synagogen anzustecken, den Juden ihre Bücher wegzunehmen und ihnen das Recht zu Feiern nehmen. In weiteren Passagen bestätigte er die Vorurteile des Wuchers und der unehrenhaften Tätigkeiten der Juden, ihnen solle der Besitz entzogen werden und sie sollen „im Schweiß Ihres Angesichts“ arbeiten.

Mit dem Erstarken der Territorialherren in den folgenden Jahrhunderten verstärkten diese die gesellschaftlichen Einschränkungen der Juden in Deutschland. In Judenordnungen und -edikten wurden die besonderen Lebensbedingungen festgeschrieben und gleichzeitig die Juden nach ihrer Nützlichkeit für die Herrschenden eingeordnet. Diese Vorgaben bestätigten Ausgrenzungen und Vorurteile weiter.

In Brandenburg-Preußen wollte der Große Kurfürst durch die geregelte Ansiedlung von Juden in den Städten die wirtschaftliche Rückständigkeit überwinden. Gleichzeitig war die Einnahme von Schutz- und Geleitgeldern eine wichtige Finanzierungsquelle für den Staat.

07

Judenfeindschaft und Antisemitismus

Die Zeit der Aufklärung

In der Zeit der Aufklärung Ende des 18. Jahrhunderts begann sich auch ein selbstbewussteres Bürgertum zu entwickeln, das Bürgerrechte und Gleichberechtigung einforderte. Aus diesen Kreisen entstand auch der Wunsch nach gesellschaftlicher Integration der jüdischen Minderheit.

In Preußen brachten vor allem Moses Mendelsohn und Gotthold Ephraim Lessing die „Judenfrage“ in die Diskussion. Christian Wilhelm Dohm forderte die „bürgerliche Verbesserung der Juden“ aber vor allem unter dem „Gesichtspunkt der Nützlichkeit für den Staat.“ Aber erst die französische Revolution und die Gesetzgebungen in der Zeit der napoleonischen Herrschaft in Teilen Deutschlands brachten Veränderungen, die in Preußen 1812 mit dem Edikt „betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der Juden“ in Ansätzen zur Emanzipation führten.

Trotz der nun erlangten Gewerbefreiheit und vereinfachten Niederlassungsrechte blieben die Juden aber unter Überwachung. Nach wie vor waren ihnen öffentliche Ämter unzugänglich. Wirtschaftlicher Neid und Missgunst brachten wieder antijüdische Ausschreitungen hervor, so die sogenannten „Hepp-Hepp Krawalle“. Bekannte Vorurteile wurden hervorgeholt, ergänzt um den Vorwurf, die Juden würden durch die Emanzipation danach trachten, über die Mehrheit zu herrschen.

08

Judenfeindschaft und Antisemitismus

Das 19. und 20. Jahrhundert

In Preußen erhielten Juden erst 1869 nahezu vollständige Bürgerrechte. Nach Gründung des Deutschen Reiches 1871 und dem verstärkten Nationalismus begann - bestärkt durch die wirtschaftlichen Erfolge vieler Juden in der Industrialisierung - eine neue Phase der Judenfeindschaft.

Es entstand ein neuer Antisemitismus, der durch die alten Vorurteile gegen Juden verstärkt wurde. Dem „Semitismus“ der Juden unterstellte man ein Streben nach der „Weltherrschaft“. Heinrich Treitschke bezeichnete 1891 den Antisemitismus als „natürliche Reaktion des germanischen Volksgefühles gegen ein fremdes Element, das in unserem Leben einen allzu breiten Raum eingenommen hat. ... Die Juden sind unser Unglück.“

Dazu kamen neue „rassisch-biologische“ Begründungen. Auch die von Theodor Herzl 1896 angestoßene Idee eines Judenstaates in Israel verstärkte teilweise die Meinung, dass Juden ein eigenes Volk seien. Herzl war der Überzeugung, dass Juden eine Nation seien und dass ein jüdischer Staat gegründet werden müsse.

Juden gerieten in eine Verteidigungsposition gegen die Hetze und versuchten, sich im Ersten Weltkrieg als besonders gute deutsche Patrioten einzubringen. Auch in der Weimarer Republik blieb der Antisemitismus lebendig, rechte Kreise schreckten auch vor Morden an jüdischen Politikern nicht zurück.

Von dem Ende des 19. Jahrhundert entwickelten Antisemitismus führte ein direkter Weg zu den Aussagen Hitlers und der Nationalsozialisten, die ab 1933 in der staatlich sanktionierten Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden mündete. Die Kennzeichnung mit dem „Judenstern“ und die Errichtung von Ghettos nahmen sogar wieder mittelalterliche Vorstellungen auf.

Nach 1945 gab es zunächst eine unzureichende Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Ära und dem Antisemitismus. Die wenigen zurückgekehrten Juden knüpften an die Gemeinden des 19. Jahrhunderts an, hielten sich in der gesellschaftlichen Diskussion in der Hoffnung auf ein friedliches Miteinander zurück.

Ende der 1980er Jahre lebten etwa 30.000 Juden in Deutschland. Danach begann eine große Zuwanderung aus den Staaten der früheren Sowjetunion. Auch dies führte wieder zu einer Zunahme antijüdischer und antisemitischer Vorurteile und Handlungen, die in den letzten Jahren eher wieder zugenommen haben und in Anschlägen wie in Halle eskalierten. Trotz aller Aufklärung bestehen viele der alten Vorurteile fort.

09

Herford, 1306 – 1350

Erste Zeugnisse

Simon von Herford ist der erste für Herford belegte Jude. Wahrscheinlich hatte er durch den Erzbischof von Köln sein Geleit für die Stadt gegen eine Zahlung und Abgaben, die zweimal jährlich an Ostern und im Oktober zu leisten waren, erhalten. Simon erscheint als Geldverleiher in Urkunden des Klosters Loccum, das am 4. April 1306 bestätigte, dass es „dem Juden Simon einen Betrag von 41 Bremischen Mark in Herford bezahlt hat.“ Weitere Zahlungen sind für den Mai 1306 belegt. 1319 zahlte "... Graf Otto von Ravensberg und sein Bruder ... dem Juden Simon von Herford 18 Mark."

Zudem verpfändete ihm die Abtei Herford in einer Urkunde vom 4. Juli 1321 Einkünfte in der Stadt Herford und aus den Höfen in Lockhausen und bei Bielefeld) für 185 Mark auf acht bis zehn Jahre:

„Gegenüber allen, die diesen Text sehen oder hören werden, erkenne ich, Simon, ein in Herford weilender Jude, an, dass die Güter, nämlich eine

Rente von zwei Mark aus Hausstätten im Hagen der Stadt Herford und die Einkünfte aus den Höfen Übbentrup, Stieghorst und Vinnen und aus den Mansen, die zu diesen Höfen gehören, die durch die ehrwürdige Frau, Frau Irmgard, Äbtissin der Herforder Kirche, mit Zustimmung des Konvents für 185 Mark gültiger Herforder Pfennige auf acht oder zehn Jahre mir und meinen Erben ... verpfändet sind, ... Zum Zeugnis dieser Geschäfte habe ich mein Siegel zusammen mit dem Siegel des Ritters Herrn Sweder von dem Busche an diesen Urkunden anbringen lassen. ... Gegeben am Tag des hl. Ulrich, im Jahre des Herrn 1321."

Im Heberegister der Abtei Herford von 1335 wird von weiteren Zahlungen an Simon berichtet: "Ebenso überbrachte ich, Johannes, um den Sonntag Oculi meiner Herrin vom Heergewäte in Schönholthausen 15 Osnabrücker Mark und 41 Goldmünzen, von denen der Jude Simon 11 Goldmünzen bekam, die restlichen 30 behielt die Herrin. Ebenso trug ich, Johannes, um den Sonntag Oculi von Stockum 5 Osnabrücker Mark für 6 Mark einschließlich der Auslagen und des Geldwechsels, von denen der Konvent 3 Mark und 2 Schillinge bekam; den Rest behielt die Äbtissin zurück ... Zu den 11 Goldmünzen, die dem Juden gegeben worden waren, fügte die Herrin so viele hinzu von dem Geld, das Sie behalten hatte, dass er 12 Herforder Mark ausgezahlt bekam."

Jacobus von Herford, ein zweiter für Herford genannter Jude hatte die Stadt wieder verlassen und war nach Osnabrück übergesiedelt, nach dem Schutzbrief des dortigen Bischofs vom 15. Juni 1327 kostet ihn sein Aufenthalt dort einen Jahrestribut von 1 Mark.

Diese wenigen Hinweise zeigen, dass die in Herford anwesenden Juden relativ wohlhabend, wirtschaftlich erfolgreich und mobil waren und regionale Verbindungen zu den örtlichen Herrschenden besaßen.

10

Herford, um 1350

Die Ermordung der Juden in der Pestzeit

1350 erreichte die Pest Deutschland. Das Gerücht, Juden hätten die Brunnen vergiftet, führte auch in Herford zu ihrer Folterung und Tötung und der Plünderung all ihres Gutes. Dem Mord an den Herforder Juden folgte ein Streit zwischen dem Erzbischof von Köln als Gerichtsherren und dem Rat der Stadt Herford. Es ging um das Eigentum der getöteten Juden sowie um die "Bestrafung jener Rechtsbrecher, die in der Stadt Herford sich vergingen, indem sie die Juden töteten." Der Kölner Erzbischof besaß das Vogtei- und Gogericht in der Stadt, erhielt die Huldigung der Stadt und den Eid der Äbtissin. Mit ihr teilte er sich die Einkünfte der Münze, des Zolls und übte den Judenschutz aus, wie es im Rechtsbuch der Stadt Herford aus der

Mitte des 14. Jahrhunderts steht: "Die Juden gehören auch unter des Erzbischofs von Köln Gericht." Dieses Recht hatte er aber an andere Amtsträger verkauft. Nach der Pest bemühte er sich vergeblich um einen Rückkauf.

Im Juli 1353 nahm er überraschend sämtliche Forderungen zurück: "Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Erzbischof von Köln, Erzkanzler des heiligen Reiches für Italien, machen allen Anwesenden bekannt, indem wir es öffentlich zugeben, dass die ehrenwerten Leute, Bürgermeister, Ratsherren und die ganze Gemeinde unserer Städte in Herford wegen aller Verfahren, Ansprüche, Gerichtsfälle, Klagen und Streitigkeiten, die zwischen uns auf der einen Seite und ihnen auf der anderen Seite anlässlich der Folterung oder Tötung unserer dort einst ansässigen Juden und anlässlich der Plünderung all ihres Gutes auf irgendeine Weise entstanden sind, nun und für immer mit uns freundschaftlich verbunden sind, einträchtig und völlig versöhnt. So haben wir allen genannten Verfahren, Klagen und Streitigkeiten klar, einfach und vollständig entsagt und tun es durch diese Urkunde, indem wir den genannten Bürgern einzeln und insgesamt unsern ganzen Groll und Unmut, den wir bei dieser Gelegenheit gegen sie selbst empfunden haben, oder den einer von ihnen gegen uns empfunden hat, großzügig verzeihen. ... Gegeben zu Bonn am 17. Juli 1353."

Auch dieser Konflikt zeigt, dass das Vermögen der Juden für die Herrschenden wichtig war. Nach der Pest entzog man ihnen zunächst die Kauf- oder Pachtmöglichkeit von Grund und Boden. Darauf weist die Vergabe von drei Ackerstücken auf dem Wellbrocker Felde, genannt „de Jodenackere“ um die Mitte des 14. Jahrhunderts an Johannes Faber hin. Es könnte sich dabei um die Bezeichnung des ersten jüdischen Friedhofs oder um eine Ackerbenennung, die früher einem Juden gehörte, handeln.

11

Herford, 1357 – 1491

Judengeleit und „Judensiegel“

Juden erhielten nach der Pest Aufenthaltserlaubnis nur noch auf Zeit, bei erhöhten Schutzgeldern und sonstigen Abgabeverpflichtungen. Ihr Erwerbsleben war erheblich eingengt. Herforder Quellen bestätigen, dass sowohl die Äbtissin, als auch die Stadt Juden Geleit gaben. Beide hatten sich von Rechtsansprüchen der Kölner Erzbischöfe befreit, regierten gemeinsam und nutzten die Privilegien des Stiftes. 1357 verzichtete der Kölner Erzbischof auf das Judengeleit. Die Äbtissin vergeleitete auf der stiftischen „Freiheit“, der Rat auf städtischem Gebiet.

Am 15. März 1378 stellte Gumpert eine Urkunde aus, in der er bestätigte, für 24 Mark ein Grundstück vor dem Berger Tor verpfändet erhalten zu haben. Er verpflichtete sich, der Äbtissin Hillegund beim Verkauf des

Grundstücks ein Vorkaufsrecht einzuräumen.

„Ik Gumpert de Jude un[de] min[e] echte wif Brune bekenet und betughet vor allen lude est dat besche dat de Bredenlandes dan twintich stucken des gheleghe ys buten der Bergher prten by deme catkensike ... den ok unse Vrowe Ebbedissche Hillgeund ghelenet heft unn besegheld unn das wy de sulven Breden landes vorsecken vorkopne mosten alzo das wy dar gheld anesoken mosten an unser nod unn nud So mochte wy Gumprach und Brune dat land secken un laten un vorkopen na utwisinghe Gerdes Breve vorscr[even] den he uns dar up ghegheven hevet der Ebdige un Stichtes tho Hervorde recht es unvorteghen na wonheit ... des Stichtes vorsc[reven].“

Die Urkunde ist mit dem ältesten in Westfalen bekannten „Judensiegel“ versehen, auf dem ein Kopf mit einem Judenhut abgebildet ist, das wiederum auf die Kennzeichnungspflicht für Juden verweist.

Am 14. Januar 1382 stellten Bürgermeister, Schöffen und Rat der Stadt den Knochenhauern (Schlachtern) der Altstadt einen neuen Gildebrief aus, darin werden auch schlachtende Juden erwähnt. "Die Juden sollen ihr Geschlachtetes hinten in der Verkaufslaube feilhalten, sonst aber nach alter Sitte vor einem hölzernen Judenstandbild." Die Stadt duldet schlachtende Juden und erweiterte diese Erlaubnis im Jahre 1421 auf die Neustadt. Am 8. Mai 1386 kauften Herforder Juden Kleider und Schmuckstücke bei einer Versteigerung aus dem Besitz der Frau des Ritters Friedrich von Arnolt.

1390 beurkundet der Richter "Hinrich von Hundertmark, ein geschworener Richter beider Städte zu Herford", dass Isaak an den Rat der Stadt 31 Gulden Strafgeleit (Geleitbrüchte) bezahlt hatte. Diese Urkunde zeigt, dass die Stadt für die von ihr vergeleiteten Juden sehr hohe Strafgeleiter erhob. Der Herzog von Jülich erhob für die in Bielefeld wieder zugelassenen jüdischen Familien pro Haushalt nur sechs Denare Geleitgeld.

Am 11. März 1491 nahm die Äbtissin den Juden Symon mit seiner Frau in die Stiftsfreiheit auf. Sie hatten von der Stadt kein Geleit erhalten. Die Äbtissin begründete ihr Geleit damit, dass die Herforder Bürger Zeit haben sollten, an Symon verpfändete Gegenstände zurückzukaufen. Als gegen Symon vor einem Paderborner Gericht verhandelt wurde, bestätigte dies das Recht der Äbtissin: „Damit es nicht so scheint, als ob wir die edle Frau Anna, Äbtissin des weltlichen Stifts Herford, in ihren Rechten und Freiheiten beschneiden wollten, heben wir unser jüngst gegen den Juden Symon und seine Frau erlassenes Mandat auf und erklären es für ungültig.“ Diese Dokumente zeigen, welche rechtliche und wirtschaftliche Bedeutung das Judengeleit für Abtei und Stadt hatte.

Reformation, Judentaufe und Vertreibung

Nach der Reformation 1530 übergab die Äbtissin ihre 1256 der Stadt eingeräumten Hoheitsrechte - auf die die Stadt ihren reichsstädtischen Anspruch stützte - 1547 an die Jülich-Ravensberger Herzöge. Für die Juden und ihre Vergeleitung änderte sich zunächst nichts. In den Jahren 1549 bis 1565 werden zahlreiche Juden mit Ehefrauen und Hausgesinde auf der abteilichen Freiheit aufgenommen. So 1549 Isaak von Melsungen, 1551 David und Lazarus, 1554 Simon, 1559 Schonelde, die Frau des David und 1561 Abraham und Juda(s). Sie haben jährlich am Michaelistag „fünf gute Taler und den Tribut“ abzuliefern. Garantiert werden ihnen sämtliche kaiserlichen Freiheiten, Privilegien und Zinsgeschäfte. Sie müssen sie sich der abteilichen Gerichtsbarkeit unterwerfen, sich auf eigene Kosten verpflegen, dürfen für ihren Bedarf schlachten und das von ihnen nicht gebrauchte Fleisch verkaufen. Bei strafbaren Handlungen werden sie "nach Gebühr" bestraft, ohne sofort ihre Privilegien zu verlieren. Sie sollen sich "geleidlich" mit den Bürgern und den anderen "schicken und halten".

1551 fordert der Herforder Bürger Kock aufgrund finanzieller Streitigkeiten die Vertreibung aller Juden aus der Stadt. Die Äbtissin weist dies mit Hinweis auf das von ihr gegebene Geleit auf der Freiheit zurück. Auch aus den folgenden Jahren finden sich zahlreiche Hinweise auf Zinsgeschäfte, Schuldforderungen und Pfändungen Herforder Bürger durch die Juden und ihr "ungebührliches" Auftreten gegenüber Schuldnern. In den 1550er Jahren entstehen größere Streitigkeiten zwischen dem Herforder Juden David und dem Hörteraner Münzmeister, in die die Abtei einbezogen wird.

In der ab 1530 lutherischen St. Johanniskirche in Herford ist für 1555 die christliche Taufe des Juden Johannes Schneeberger überliefert. Während es im Mittelalter und auch in der Reformation häufiger zu Zwangstaufen kam, waren "freiwillige" Taufen von Juden gerade in der nachreformatorischen Zeit nicht ungewöhnlich. "Des getauften Juden Zeugnis" beschreibt, Schneeberger habe als "schändlicher Judensohn" dem "ungöttlichen Judentum" den Rücken gekehrt und "aus dem Irrsal des Jüdischen Geschlechts, darin er geboren und gewesen ist, sich freiwillig von dem Hebräischen Volk zu dem Christlichen Glauben ... begeben".

Einzelne Juden und ihre Ehefrauen werden in Haft genommen und müssen Pfänder hinterlegen. Eine Pfandliste von 1563 zeigt den Wohlstand der Juden. Abraham gab u.a. eine silberne Scheide, ein Tuchpaket Samt, ein Tuchpaket Cordt und 60 Taler in Geld. Viktor musste „acht im Kreis gebundene Ringe“ im Wert von 25 Goldgulden, einen silbernen Becher, eine silberne Kette, einen goldenen Ring und eine Perlenschnurkette abliefern.

1565 werden alle drei Juden mit ihren Familien aus der Freiheit wegen unerlaubter Münzprägungen verhaftet und für alle Zeit vertrieben. Sie hätten "den Schilling der 8 auf einen geschlagen, fälschlich gepfändet und

der halben vier von einem Mariengroschen" hergestellt. Diese Ereignisse zeigen, wie unsicher die Lage für Juden nach wie vor war.

Obwohl aus dem Jahre 1591 eine Urkunde überliefert ist, in der der Herzog von Jülich der Stadt befahl, von ihm zugelassene Juden aufzunehmen, muss aufgrund bisher fehlender Quellen davon ausgegangen werden, dass in Herford bis zum Ende des 30jährigen Krieges keine Juden mehr lebten.

13

Herford, nach 1647

Die brandenburgisch-preußische Judenpolitik

Nach dem 30jährigen Krieg siedelte der neue Stadtherr, der brandenburgische Kurfürst Friedrich Wilhelm, zielgerichtet wieder Juden an. Am 3. Dezember 1647 erhielt Berend Levi von ihm das Geleit für Herford. In den Streitigkeiten zwischen der Stadt und Brandenburg spielte das Judengeleit als wichtige Einnahmequelle immer eine Rolle. Die Stadt bestätigte, dass lange Jahre keine Juden mehr in der Stadt seien, beharrte aber darauf, dass sie früher das Recht wahrgenommen hätte. Mit der Anrede „Achtbar und vornehmer, günstig[er] gutter freund[licher] Levi“ stellte Herford Berend Levi einen eigenen Schutzbrief aus und bat ihn um 1500 Reichstaler aus der Judenabgabe von vor 1648.

1650 bat die Stadt den Kurfürsten, "nachdem sie durch des Juden Versättigung, Geiz und Wucher ganz ausgesogen und erschöpft worden, zu erklären, dass nach Abzug oder Tod des einzigen Juden sie mit der Vergleitung der Juden betraut werden möchte...", konnte sich damit aber nicht durchsetzen. In einem Vergleich von 1650 ging das Judengeleit auf den Kurfürsten über: „... bleibt also das Judengleyd so wol deren, die in der stat bereits wohnen, als die sonst durch dieselbe passiren, s[eine]r churf[urstliche] d[urc]hl[au]cht“.

1651 war Berend Levi vom Großen Kurfürsten zum „Vorgänger“ der in den westlich der Elbe gelegenen brandenburgischen Landen vergeleiteten Juden aufgestiegen und sollte von diesen das Schutzgeld eintreiben. Als Anerkennung sollte ihm das jährliche Schutzgeld der Herforder Juden zustehen. Berend Levi wurde auch zum Hofmünzer ernannt.

Die Juden standen unter dem Judenedikt von 1671: "Sie dürfen in denen Oertern und Städten, wo es ihnen am gelegensten ist, sich niederlassen, allda Stuben, oder gantze Häuser, Wohnungen und Commediat vor sich zu miethen, zu erkauffen oder zu erbauen". Sie dürfen "ihren Handel und Wandel im gantzen Lande treiben, schlachten, und was sie von dem geschlachteten nicht bedürffig, verkauffen". Zu entrichten sind "von jeder Familie jährlich 8 Reichstaler an Schutzgelde, und so oft einer der ihren heyrathet, einen Gold-Gulden." Es „soll ihnen zwar nicht verstattet seyn,

seine Synagog zu halten, doch aber mögen sie in ihrer Häusern zusammen kommen, alda ihr Gebet und Ceremonien verrichten."

Das Geleit für Berend Levi ging auf seinen Sohn Levi Levi über. Dieser wurde mehrfach beschuldigt, Geldstücke zur erhöhten Werten in Umlauf gebracht zu haben. Levi Levi wurde am 1677 zu einer Strafe von 80 Goldtalern verurteilt. Nach seinem Tod am 7. Dezember 1679 bat seine Frau den Großen Kurfürsten um Stundung der Schutzgelder, da ihr Mann sie mit zum Teil noch unmündigen Kindern in großer Armut zurückgelassen habe. Auch die Kinder und Enkel von Levi Levi waren im Münzgeschäft tätig. Herz Levi erhielt 1683 vom Domkapitel Paderborn den Auftrag zur Prägung von Münzen im Wert von 1000 Reichstalern. Sein Sohn Berend Hertz war ab 1714 sehr erfolgreich im Geld- und Juwelenhandel tätig.

Zahlreiche weitere Erlasse zur Rechtsstellung der Juden folgten. Mit einem Edikt von 1691 für Ravensberg ging Brandenburg von dem personengebundenen Schutzgeld ab, die Familien zahlten nun eine Sonderabgabe von 600 Reichstalern. Das Generalprivileg von 1750 unterschied zwischen "ordentlichen Schutzjuden", die ihr Recht vererben durften, und "außerordentlichen", deren Status mit ihrem Tod erlosch.

14

Herford, 1622 – 1946

Judenstraße und Friedhof

In Urkunden von 1622 und 1625 wird in Herford eine Judenstraße benannt, die auch 1638 auf dem nach dem Stadtbrand erstellten Plan zu erkennen ist. Hierbei könnte es sich um eine mittelalterliche Judengasse handeln, in der die von der Stadt vergeleiteten Juden zusammen leben mussten. Ihre Lage nahe der Stadtmauer und des früheren Renntores sowie die Nähe zum Alten Markt passt zu anderen Judengassen. Genauer lässt sich dies aber nicht nachweisen. Die Straße wurde 1904 auf Wunsch der Anwohner trotz Einsprüchen unter anderem des Heimatvereins in Lessingstraße umbenannt.

Nach dem Ende des 30jährigen Krieges wurde der heutige jüdische Friedhof angelegt. Er ist das älteste Begräbnisfeld Herfords, auf dem noch beerdigt wird. Das Grundstück erwarben die Juden von der Abtei Herford. Der älteste Stein ohne Datum ist der für Vögele, der Ehefrau von Berend Levi, der älteste datierte Grabstein stammt von 1679, er wurde für Levi Levi (Löb ben Beer), den Sohn Berend Levis, gesetzt. 21 Grabsteine für die wohlhabenden vergeleiteten Familien stammen aus der Zeit vor 1808. Der Friedhof wurde mehrmals, zuletzt 1908 erweitert, wie die Stadtverwaltung berichtete: „Der jüdische Friedhof wurde erheblich vergrößert; Fabrikant Julius Elsbach kaufte den angrenzenden Tiemann'schen Garten und schenkte ihn der Gemeinde. Die im Bau begriffene Friedhofshalle ist

ebenfalls ein Geschenk des Fabrikanten Julius Elsbach.“

1942 übernahm die Oberfinanzdirektion Münster nach den Deportationen den Friedhof. Sie verkaufte ihn an die Stadt Herford, die über das Gelände eine Verbindung zur Umgehungsstraße plante, für die der Friedhof zerstört worden wäre. Diese wurde wegen des Krieges aber nicht gebaut. In der Trauerhalle errichtete die Stadt Wohnungen, die alten Grabsteine ließ sie für die Gartennutzung der Bewohner abräumen.

Der Friedhof wurde 1946 an die jüdische Gemeinde restituiert, die danach die Grabsteine neu aufstellte. Seit dem 22. August 1989 steht der jüdische Friedhof unter Denkmalschutz, er ist neben dem Friedhof in Detmold der einzige von der Gemeinde Herford-Detmold genutzte im Raum Herford.

15

Herford, 1705 – 1813

Jüdisches Zentrum an der Johannisstraße

Am 11. März 1705 erwarb Gemeindevorsteher Hertz Levi das Haus Nr. 469 - später Johannisstraße 19. Auf dem Grabstein seines 1721 verstorbenen Vorgängers Berend Herz (Isachar Ber) wird allerdings dieser als Bauherr gewürdigt: „...er selbst hat große Verdienste gehabt und auch anderen zu Verdiensten verholfen und er baute das geringe Haus des Heiligtums aus seinem Gelde“.

Das Fachwerkhaus bildete im 18. Jahrhundert das religiöse und soziale Zentrum der kleinen Herforder Gemeinde. Das Haus besaß – da es den Juden verboten war, eine eigene Synagoge zu errichten - einen Betraum, einen Schulraum, sowie Unterkünfte für durchreisende Juden, die sich nur kurz in Herford aufhalten durften. 1778 wurde die preußische Regierung auf das Haus aufmerksam und zwang die Gemeinde zum Verkauf. „Sodann kann der Jude Ephraim Levi zu Herford oder die Judenschaft ein besonders ehemaliges christliches Haus zur eigenen Synagoge nicht ohne Concession besitzen und es muß dasselbe nach unserer Verordnung vom 14. Juli 1778 subhastiert [versteigert] werden.“ Auch die Stadt wollte „daß das Juden-Schul-Haus in Herford ... endlich verkauft werde.“

Zimmermeister Brandner erklärte sich bereit, das Haus unentgeltlich zu übernehmen, was aber als Scheinverkauf beurteilt wurde. „Euch wird ... hierdurch zur Resolution ertheilet, daß dies in die Augen fällt wie der Verkauf des Hauses an den Zimmermeister Brandner ein bloß simuliertes Geschichte ist, die Judenschaft entweder binnen endlicher vier Wochen in gemäßeheit unserer vorigen Rescripte zum Besitz dieses Hauses zur Synagoge die Concession lösen, oder nach deren Ablauf dieses Haus an einen Christen allenfalls bloß gegen die Bedingung ... subhastieret werden muß wonach ihr auch ein für allemahl zu achten habet, zumahl die Juden in

Herford nach Häusern genug besitzen, worin sie allenfalls ihren Gottesdienst halten können".

Gegen den Verdacht eines „simulierten Contracts“ wehrte sich 1781 die Herforder Judenschaft. Sie wäre "auf anfordern mittels Eids zu erhärten im Stande, daß sie nach Inhalt des abgeschlossenen Contracts dem Brandner das Haus erb- und eigenthümlich würclich übertragen ohne sich das mindeste Eigentumsrecht darauf vorbehalten zu haben und das zur Schule bestimmte Zimmer wirklich in Miete genommen haben, auch der Brandner die verabredeten Mietsgelder ... bereits bezahlt wären ... So werde hierdurch die Bedenklichkeit des Hofes erledigt und der Judenschaft nicht ferner angemuthet, über ein Haus Concession anzusuchen, dessen Besitz sie sich längst entschlagen und daran sie gar kein Eigentum weiter verlangten".

Auch Kriegs- und Domänenrat von Hohenhausen wies darauf hin, dass "die Judenschaft in dieser Stadt so arm [sei], daß sie kein besonderes Haus zu ihrem Gottesdienst aptieren kann". 1793 schloss die jüdische Gemeinde nochmals einen Vertrag mit Brandner und mietete das Haus als Betraum für zwanzig Jahre. Kaufmann Simon Joel, der später den Namen Burgheim annahm, stellte danach einen Betraum in seinem Haus Gehrenberg 15 (heute Klingenthal) zur Verfügung.

16

Herford, 1691 – 1795

Konflikte mit den Zünften

Das Privileg von 1691 für Ravensberg erlaubte den Juden "ihren Handel und Wandel im Kaufen und Verkauffen, es sey in gantzen Stücken oder mit Ehlen ..." zu betreiben. Damit gerieten sie in Konkurrenz zu den städtischen Gilden und Zünften.

Das Herforder Krameramt verfolgte und bestrafte sie wegen „unerlaubter“ Handelstätigkeiten. 1702 belohnte es zwei Gildebrüder mit jeweils einem Viertel Bier, da sie einem durchreisenden Juden einige der "Waren so dem kramer Ambt prejudicierlich wären" weggenommen und ihn vor den Richter bestellt hätten. Dieser zog es vor, die ihm abgenommenen Sachen im Stich zu lassen und zu fliehen. Seine Waren wurden beim "Ambt conservieret". Nicht anders erging es einem Juden, der "saffrahn an die bekkers" verkaufen wollte. Ein Gildebruder ging scheinbar auf den Handel ein und verklagte ihn sofort beim Richter. "Weilen aber der Jude ein elender Kerl und kein rock noch hembt am leibe hatte, daneben ein Kindt aufm rücken gebunden", konnte man keine Strafe eintreiben. Auch die „Jüdin Jeruchim“ wurde vor den Richter zitiert. Die „Pastorgattin Loniceri" bezeugte, von ihr acht Ellen Kattun gekauft zu haben, daraufhin wurde die Jüdin zu einem Goldgulden Strafe verurteilt.

Eine Bittschrift der Judenschaft der Grafschaft Ravensberg an Friedrich Wilhelm I. von 1700 benannte die Konsequenzen. "Wenn aber die Ämter, Gilden und Zünfte uns immerhin aufs härteste zugesetzt ... ist es leider mit unserem armen Völkchen allhier in der Grafschaft dazu gekommen, daß die meisten in der Grafschaft in dem Stande nicht gewesen, ihre Schutzgelder zu entrichten". Im "Privilegium für das Gewand-Schneider-Krämer- und Höcker-Amt" in Herford von 1767 wurde eindeutig festgelegt, dass "denen Juden auch mit nichts zu handeln erlaubt seyn (soll), als mit denen Waaren, welche sie nach ihrem Privilegio zu führen die Erlaubnis haben." Die Knochenhauer (Metzger) beschwerten sich über das Schlachten der Juden. 1683 wurde festgelegt, dass "den Juden nicht mehr als einem jeden 22 Stück Rindvieh und wöchentlich ein Schaf zu schlachten erlaubt sein soll." 1687 wurde dies auf nur noch sechs Stück Rindvieh pro Jahr und drei Stück Kleinvieh pro Monat pro Familie reduziert. Nur den Juden, die das beeidet hatten, erlaubte die Stadt, ihre Ware von Haus zu Haus zu tragen und anzubieten. Für diese Gewährung des „freien Schnitts“ mussten sie dem Knochenhaueramt jährlich drei Tonnen Herforder Bier bezahlen.

Ab 1778 durften Juden ihr Fleisch nur noch auf einem Scharrn (Verkaufstand) anbieten. Levy Meyer antwortete im Namen der Gemeinde "Sollen wir kein Fleisch aus dem Hause verkaufen, auch nicht damit hausieren gehen, wie wir von jeher getan haben, so muß das Fleisch zuhause verfaulen, das wir aber solches gar nicht feilbieten und auf dem Lastwagen dem Käufer anbieten sollen, ist nicht nur ebenso hart und unerhört, sondern es fällt ins lächerliche, weil es jedem Verkäufer erlaubt sein muß, seine Waren dem Käufer anzurühmen und zu loben...".

Ende des 18. Jahrhunderts lebten die Juden im Raum Herford vom Klein- und Trödelhandel. Als im März 1795 die Abtei den der Nachlass der Prinzessin von Anhalt-Dessau versteigerte, waren auch "Rosenbaum aus Bünde, Leser Salomon aus Oeynhausen, Abraham Salomon, Jud Joseph Koppel aus Minden, Moses Schiff aus Bielefeld, Isak Levi aus Minden, Ruben aus Lemgo" anwesend. Aus Herford erschienen Berend Levi, Levi Meyer, Simon Joel und die Witwe Joel. Für letztere steigerte ihre Tochter Eva Seligmann. Außer Simon Joel, der zwei vergoldete Schüsseln, und Ephraim Levi, der vier Leuchter mit Girandolen zu je drei Lichtern erwarb, kauften die Herforder statt der angebotenen Juwelen, Gold, Kleidungsstücke, Portraits, Gemälden und Bücher eher Leinen, Drell, Bettgestelle, Betten und Möbel. Eva Seligmann, die mit ihrer Mutter einen Galanteriewarenladen betrieb, war mehr an kleineren Luxusartikeln wie seidenen Bändern, Dosen und Fächern interessiert.

17

Herford, 1806 – 1813

Franzosenzeit, Familiennamen

1806 fiel das Fürstentum Minden mit der Grafschaft Ravensberg an Napoleons Kaiserreich Frankreich. Im neu gebildeten Königreich Westfalen wurde sein Bruder Hieronymus (Jerome), als Regent eingesetzt. Er setzte die Gleichstellung der Juden durch. Das Dekret vom 27. Januar 1808 verordnete die rechtliche Gleichstellung von Juden und Christen, erlaubte Juden, sich in jeder Stadt niederzulassen und Gewerbe treiben zu können und verordnete die Annahme eines festen Familiennamens. Ein halbes Jahr später wurden die Juden durch die Aufhebung der Zünfte und die Einführung der Patentsteuer auch in ihrer gewerblichen Ausübung gleichberechtigt. Viele Juden zogen nun in den Raum Herford.

Am 24. September 1808 erschienen drei in Herford ansässige Juden, um einen Familiennamen anzunehmen: "1. der Handelsmann Ephraim Levi und erklärte, daß er diesen seinen bisher geführten Namen den Familiennamen Schwerdtmann hinzufügen, und sich desselben für die Folgezeit bedienen wolle... 2. Erschien der Handelsmann Abraham Levi und deklarierte, daß er diesem seinen Namen den Beinamen Meier gebe, unter welchem auch der verstorbene Vater bereits bekannt sei ... 3. Der Kaufmann Simon Joel und zeigte an, daß er sich für die Folge des Namens Burgheim als Familienname bedienen und bitten wolle, solche gesetzlichermaßen zu registrieren." Weitere ansässige und neu hinzugezogene Juden folgten mit ihren Anträgen.

Auf der Grundlage des Artikels 5 des Emanzipationsdekrets konnten sich Juden nun an jedem Ort des Landes niederlassen. Sie durften Handel treiben, wenn sie die vorgeschriebenen Patente erfüllten, einen Vermögensnachweis erbrachten und einen guten Leumund besaßen. Alte Vorurteile wirken aber weiter. So stellte der Präfekt des Weser-Departements fest, dass darauf zu sehen sei, dass die Juden einen ehrlichen Lebenswandel und ein auskömmliches Vermögen aufweisen müssen, "so daß sich mit Recht vermuten läßt, daß der Staat durch solche Etablissements gewinnt, und nicht die Zahl der Wucherer vermehrt wird."

Auch die bereits in Herford lebenden Juden sahen durchaus eine Konkurrenz. Als 1808 die Brüder Manchen nach Herford kommen wollten, beschwerte sich Joel Burgheim als Vorsteher der jüdischen Gemeinde: "Die Brüder Manchen besäßen nicht so viel Vermögen, wie sie vorgäben, sie könnten fremde Kredite mißbrauchen und mit geborgten Geldern Geschäfte machen. Damit wäre aber die hiesige Judenschaft sowohl in ihrem guten Ruf geschädigt, als auch die Stadt gezwungen, die verarmten Brüder auf eigene Kosten durchzubringen."

Die Stadt prüfte ebenso die Vermögensverhältnisse. Aron Levi, Bruder des ehemaligen Schutzjuden Ephraim Levi (nun Schwerdtmann), der in Herford aufgewachsen und seit 1805 Knecht bei seinem Bruder war, wurde aufgefordert, "sein ins Land mitzubringendes Vermögen" aufzuschlüsseln. Levi listete auf: „150 Reichstaler bei dem Rintelschen Contor zu Berlin in

Golde, 200 Reichstaler Mobilien, 210 Reichstaler an Schuldforderungen, 64 Reichstaler an vorrästigen Fellen, Silber, Kupfer, bares Geld.“ Trotzdem bezweifelte der Unterpräfekt des Weser-Departements, dass er sich und seine Familie ernähren könne. "Unbemittelte Handelsjuden gereichen der Commune mehr zur Beschwerde als zum Vortheil, weil sie genötigt sind, ihre Existenz auf einen künstlichen - meistens wucherlichen - Erwerb zu gründen." Aron Levi gab an, dass er bisher Handel mit "Tüchern, Strümpfen, Band, sowie auch mit alten Kleidungsstücken getrieben habe", versicherte, sich und seine Familie damit ernähren zu können und dass sein Bruder für ihn bürgen würde. Danach erhielt er die Genehmigung „seines Etablissements“. Diese Überprüfungen setzten sich auch nach der Übernahme durch Preußen weiter fort.

18

Herford, 1766 – 1818

Der Kampf der Eva Seligmann

Eva Philipp war die Tochter des Schutzjuden Joel Philipp. Dieser erwarb 1766 das Haus Gehrenberg 15. Um 1780 heiratete Eva den Lünener Schutzjuden Seligmann, den sie aber kurz darauf verließ. Als unvergeleitete Jüdin konnte sie in Herford der "verordneten Wegschaffung" nur entgehen, als ihre Mutter sie als bei ihr „in Diensten stehende Magd“ bezeichnete.

Ihr Bruder Simon Joel heiratete im April 1802 und übernahm Vermögen und Warenlager des verstorbenen Vaters. Die Mutter, die eine kleine Galanteriewarenhandlung (für modische Accessoires) besaß, enterbte in ihrem Testament ihre Söhne, da sie sie „in einen hilflosen Zustand versetzt (hätten, wogegen) ... die Tochter, die sich immer auf die kundlichste und liebevollste Art meiner angenommen, ... und nun alles was zu meiner Pflege und Unterhalt gehört, bis jetzt dargereicht hat."

Als die Witwe Joel 1808 starb, versuchte Eva Seligmann das Geschäft fortzuführen. Noch 1809 zahlte sie, wie auch ihr Bruder Joel Burgheim, die höchsten Gewerbesteuern der in Herford ansässigen jüdischen Familien. Die Stadt forderte sie aber auf, das Geschäft zu schließen, da sie nicht mehr unter dem Schutzrecht der Mutter stehe.

Es entstand ein zweimonatiger Kampf um die Existenz, in dem Eva Seligmann sich als erste jüdische Frau zeigte, die ihre eigenen Interessen mutig vertrat. Sie bezog sich auf das Emanzipationsedikt: "Ich muß gestehen, daß der Magistrat noch sehr wenig mit den neuen Gesetzen bekannt ist, denn sonst hätte derselbe mir gar erst nicht auf die von der Kaufmannschaft bloß aus Neid und Habsucht angebrachte Beschwerde mir eine solche Beschwerde gegeben. ... Schon nach dieser allerhöchsten königlichen Verordnung habe ich denn das Recht erhalten, welches die Mitglieder der Kaufmannschaft

besitzen. Allein nun will man mich als Bürgerin nicht einmal aufnehmen, und mir das Bürgerrecht und die damit in Verbindung stehenden Wohltaten nicht zukommen lassen. Vielmehr scheint es, als wenn es bloß darauf angesehen ist, mich als Mitglied im Staate und als eine längst hier bekannte Witwe zu verstoßen."

Der Magistrat argumentierte dagegen, da Frauen nicht handeln dürften: "Bis jetzt konnten nur Männer, die die Handlung gehörig erlernt, als Mitglieder der Kaufmannschaft aufgenommen werden ... Daß aber eine Frau die Befugnis zum Handeln bekommen hätte, davon ist sowenig ein Bescheid vorhanden...." Eva Seligmann wandte sich schließlich an den Präfekten des Weser-Departments. "Glaube ich füglich, das Recht zur Treibung meines ferneren Handels nach dem Tode meiner Mutter erlangt zu haben, besonders wenn das bisherige Schutzrecht, gleich den bisherigen kaufmännischen Privilegien seine künftige Kraft behalten soll." Die Antwort des Präfekten war aber eindeutig. "Das Gesuch der Witwe Seligmann wegen fernerer Konzession zur Fortsetzung der von ihrer Mutter geführten Handlung kann nicht stattfinden, da Artikel 5 des königlichen Dekrets vom 27. Januar von einem Juden die Beobachtung aller Zunft- und Handwerksverordnungen erfordert, diese aber die Aufnahme in irgend eine Gilde dem weiblichen Geschlecht gar nicht verstattete."

Eva Seligmann konnte ihre Galanteriewarenhandlung zwar noch weiterführen, ihr Geschäft ging aber mehr und mehr zurück. Auch das Haus Gehrenberg 15 übernahm wieder ihr Bruder Joel. Eva Seligmann starb am 3. Juni 1818 im Alter von 65 Jahren an „Auszehrung“.

19

Herford, 1813 – 1850

Etablierung der Juden in Herford

Kurz vor der Rückkehr zu Preußen 1813 wurde 1812 eine Übersicht über die in Herford ansässigen „israelitischen Bürger“ erstellt. Fünf der zwölf genannten männlichen Bürger waren in Herford geboren und hatten schon als Schutzjuden oder Bedienstete hier gelebt. Der in Sommerach in Franken geborene Joseph Meier Franc kam 1811 neu nach Herford und konnte sich als Kaufmann niederlassen. Selig Werthauer, dessen Schwester Regina Israel 1812 den Handelsmann Israel Süßmann geheiratet hatte, wurde bereits als „Handelsmann“ neu zugelassen.

Von 1807 bis 1813 konnte sich neben diesen beiden auch Aron Levi Ostwald als Trödler und Schlachter in Herford niederlassen. Weitere aus der Ferne zugezogene Juden waren die Lehrer Wolff Sohn und David Joseph Lenzberg, die schon vorher häufige Ortswechsel vornehmen mussten und auch nicht lange in Herford blieben.

Weitere Zuwanderer kamen aus Bückeberg, „Königsbach im Badischen“ und Bofzen bei Vlotho nach Herford und wurden zunächst als Knechte beschäftigt. So waren Levy Raphaelson und Löbel Berliner während der Franzosenzeit nach Herford gekommen und von Selig Werthauer einige Jahre über Land geschickt worden, um Kunden aufzusuchen. Beide bemühten sich danach, als Handelsmänner in Herford sesshaft und selbständig zu werden. Durch Verweigerung des Zuzugs armer Juden wurde ihnen zunächst oft die Möglichkeit zum Aufbau einer eigenen wirtschaftlichen Existenz verweigert, was in der Praxis die Verhinderung und Verzögerung der Angleichung der rechtlichen Situation der jüdischen Minderheit bedeutete. Nur wer als Jude schon ein gewisses Vermögen nachweisen konnte, wurde mit den bürgerlichen Rechten „belohnt“.

Waren 1810 noch neun Juden als Trödler und Knechte tätig, so sind 1830 bereits zwölf Gemeindemitglieder zu Kaufleuten aufgestiegen. Im Gewerbe-Adressbuch von 1832 sind bereits zehn von insgesamt vierzehn im Manufaktur- und Ellenwarenbereich tätigen Kaufleuten Juden. Alle außer Israel Süßmann gehörten nach der Gewerbesteuerhebeliste 1832 der höheren Steuerklasse - dem Handel mit kaufmännischen Rechten - an. Diese kleine Gruppe von Kaufleuten zahlte 1832 mit 96 Reichstalern allein 14 Prozent der von allen Herforder Kaufleuten der höheren Steuerklassen aufgetragenen Steuern. Meyer Frank, Samuel Frankenstein und Noah Ostwald betrieben zu diesem Zeitpunkt zusätzlich Fleischhandel und zahlten mit Manchen Weinberg fast fünfzig Prozent der von insgesamt elf Herforder Fleischern zu leistenden Gewerbesteuern. Dies zeigte die erreichte Wirtschaftskraft der Juden.

Viele neu zugezogene Herforder Juden waren zunächst meist im Kleinhandel tätig, noch 1850 übten 25 Prozent von ihnen dieses Gewerbe aus. Danach verschwindet der Beruf des „Handelsmannes“ unter den Herforder Juden fast völlig, was auf ihren beruflichen und sozialen Aufstieg hindeutete. Jüdische Kaufleute leisteten mit dem Übergang vom Handel zur eigenen Produktion einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Herforder Industrie, vor allem der Bekleidungs- und Wäscheindustrie.

20

Herford, 1822 – 1851

Die erste Synagoge und Mikwe

1822 wies die stark angewachsene Judenschaft wieder ein gottesdienstliches Versammlungshaus mit Schule nach. Es war das Haus Nr. 347 (heute Gehrenberg 15), das Joel Phillip schon im 18. Jahrhundert besaß und nun Joel Burgheim gehörte. Im April 1826 beantragte die Gemeinde erstmals den Bau einer eigenen Synagoge und eines Ritualbades.

Die Genehmigung wurde zwar erteilt, aber wegen Vorgaben, dass eine

Synagoge nicht zu nahe an einer christlichen Kirche erbaut werden dürfe, verzögerte sich der Bau um 25 Jahre. Der Ort des Gemeindelebens wechselte nochmals. In der Chronik der Stadt wird für den 2. März 1832 berichtet, „die Juden hätten ihre Synagoge in ein gemietetes Lokal in der Kredenstraße verlegt und dieses einigermaßen verschönert; die Einweihung fand heute statt und wurde durch eine Rede und Gesänge beides in deutscher Sprache gefeiert“.

Kaufmann Burgheim hatte mit Vertrag vom 8. Januar 1832 einen Saal „nach dem Garten hin“ hinter dem Haus Nummer 197 (entspräche heute Credenstr. 11) angemietet. Die Einrichtung des Saals zur Synagoge sollte seitens der jüdischen Gemeinde erfolgen. Der Vertrag lief bis 1847, wurde 1851 nochmals auf unbestimmte Zeit verlängert und erst 1854 gekündigt. Zur Ausstattung dienten hauptsächlich Stücke aus Burgheims Besitz, obwohl er inzwischen seinen Wohn- und Geschäftssitz von Herford nach Minden verlegt hatte.

Das „Verzeichniß derjenigen Sachen, welche dem Kaufmann Herrn Joel Burgheim Sen[ior] in Minden gehören und in der jüdischen Synagoge zu Herford vorfindlich sind“, umfasste unter anderem: „1. Drei Stück auf Pergament beschriebene Thoras. 2. Zwei Stück ebenfalls auf Pergament beschriebene Buch Ester, Hagilla genannt. ... 5. Einen von schwarzem Sammt mit goldenen Tressen besetzten Vorhang, worin der Name Burgheim und seiner seligen Frau gestickt ist. ... 7. Eine silberne Hand mit silberner Kette, daran, welche zum Vorlesen in der Thora gebraucht wird. ... 9. Ein von weißem Leinen gemachtes Totenhemd, welches der Vorsänger am Versöhnungsfest beim Vorbeten ankleidet. ... 12. Ein Blashorn, welches am Neujahrstage zum Blasen gebraucht wird. 13. Ein schwarzes tuchenes Todten Laken. An diesem ist Herr Abraham Meyer betheilig, weil dieses von den Geldern angeschafft, die für verkaufte Begräbnisstellen eingegangen sind.“

Das Badehaus wurde erst 1839 errichtet. Ob es bereits im Mittelalter eine Mikwe in Herford gegeben hat oder sich auch an der Johannisstraße eine befand, ist unbekannt. Standort von Badehaus und Mikwe war ein Grundstück an der Petersilienstr. 4 (alte Haus-Nr. 10), das an die „Kleine Werre“ grenzte. Im November 1838 vermietete Handarbeiter Sperling dem Vorsteher der jüdischen Gemeinde Kaufmann Levi Raphaelson ein „Stück Landes welches sich etwa 18 Fuß lang und 11 bis 15 Fuß breit, zwischen der sogenannten kleinen Werre und zwischen der Scheune des Sperling befindet, auf vier und zwanzig Jahre von jetzt angerechnet.“

Die Mikwe hatte direkten Zugang zum fließenden Wasser der Kleinen Werre. Im oberen Gebäudeteil befand sich ein Badehaus mit einer großen und einer kleinen Wanne und Umkleideräumen. Das Badehaus wird noch in den ersten Statuten der Gemeinde 1849 erwähnt, danach verlieren sich ihre Spuren, obwohl der Vertrag bis 1862 lief. Daher ist davon auszugehen, dass die Mikwe auch noch nach Errichtung der neuen Synagoge an der Komturstraße

1852 existierte, denn dort wurde trotz des in der Neustadt hohen Grundwassers keine neue Mikwe erbaut. Mit dem Friedhof, einer Synagoge und einer Mikwe besaß die Gemeinde nun alle wichtigen Einrichtungen.

21

Herford, 1827 – 1931

Synagogenbau und -ausbau

Bereits 1827 hatte sich ein Herforder Synagogenbau-Verein gegründet. Im Mai 1851 traf sich die Gemeinde, um „hinsichtlich des von ihnen vorzunehmenden Synagogen-Baues folgende Beschlüsse“ zu fassen. Nun konnte am 21. August 1851 der Bau der Synagoge an der Komturstraße beginnen, die am 13. August 1852 eingeweiht wurde. Auf dem Grundstück befanden sich insgesamt drei Gebäude: „1. Synagoge Nr. 265 A, 2. Schulhaus Nr. 265 B, 3. Stall Nr. 265 C. Die Synagoge ist massiv, das Schulgebäude und der Stall von aufgemauertem Lehm und Steinfachwerk erbaut. Die Bedachung der Synagoge ist von Hohlziegeln in Kalk, und die des Schulhauses und Stalls mit Ziegeln über Strohdocken.“

Der schlichte quadratische Bau im Hinterhof war schon bald zu klein, um die Bedürfnisse der mit nun fast 300 Mitgliedern stark angewachsenen Gemeinde zu bedienen. Diese erweiterte das Gotteshaus 1892/93 und errichtete daneben ein neues Schul- und Gemeindehaus. Zugleich wurde die Synagoge aus ihrer Hinterhoflage befreit. Beide Gebäude ließ sie in neogotischer Backsteinarchitektur errichten. Dies war eine Besonderheit, da damals Synagogenneubauten oft wegen der ungewollten Nähe zum christlichen Kirchenbau eher orientalische Muster aufnahmen.

Die Erweiterung bestand im Wesentlichen in einem angebauten Treppenhaus, dessen Giebel ein Konsolfries, den der Davidstern bekrönte, abschloß. Hohe Spitzbogenfenster mit Maßwerk erhellten Treppenhaus und Betraum. Alle Schmuckelemente waren aus hellem Werkstein gearbeitet, der sich vom rötlichen Mauerwerk absetzten. Im Osten befand sich ein halbrunder Anbau für den Thoraschrein, darüber ein großes halbrundes Fenster und ein kleineres Rundfenster. Mit dieser Architektur zeigte die jüdische Minderheit ihr gestiegenes Selbstbewusstsein. Die Neuweihe fand am 3. September, die Einweihung des Schul- und Gemeindehauses am 7. Oktober 1893 statt. Die jüdische Schule bestand bis 1902.

1931 waren die schon lange bestehenden Feuchtigkeitsschäden so sichtbar, dass Renovierungsarbeiten vor allem im Innenraum stattfanden. Die neuen Ausmalungen führten, wie die Festschrift zur Wiedereinweihung der Synagoge am 11. September 1931 berichtete, „unter der Leitung des Kunstmalers Max Lazarus-Trier dieser und unser Gemeindemitglied, Herr Malermeister [Philipp] Hecht“ aus. „Beim Betreten des dreischiffigen Innenraums wird das Auge des Ein-tretenden von der Ostwand angezogen,

auf die alle Linien und Farben zudrängen.“ Die Thora-Nische war vergoldet und zeigte eine von Strahlen umgebene Krone der Thora. Die Bemalung des Innenraums reichte bis an die im Westen liegende Orgelempore. Das Vorhandensein einer Orgel zeigte, dass es sich in Herford bereits um eine reformierte Gemeinde handelte.

Ein 1958 nachträglich aufgenommenes Inventar rekonstruierte die Ausstattungs- und Kultgegenstände der wohlhabenden Gemeinde: „122 Sitze mit Pulten für Männer, 74 Sitze auf der Empore für Frauen, Thoraschrein mit zusätzlichem ‚Altaraufbau‘ einschließlich Predigtstuhl, zwei Betpulte, Thoravorlesetisch, 1 Orgel mit Prospekt und Ventilator. ... An Kultgegenständen waren vorhanden: 6 Thorarollen, 3 Sätze silberner Thoraschmuck (je Krone, Schild und Zeiger), 2 silberne Altarleuchter, 1 sehr großer silberner Chanukkaleuchter, 1 silberne Ewige Lampe, 1 silberner Weinbecher (Kidduschbecher), 2 silberne Büchsen (Besomim- und Esrogbüchse), 1 Megillah Esther, 1 Schofarhorn, 3 Garnituren Behänge (jeweils Vorhang, Decke, Mantel), 1 weitere Altardecke, 10 weitere Thoramäntel, 1 Gebetsschal, 6 Bände Festtagsgebetbücher, 150 Gebetbücher mit Übersetzung, 1 Chuppa (Stiftung ehemaliger Gemeindemitglieder und besonders wertvoll).“

22

Herford, 1863 – 1910

Wirtschaftliche Erfolge

Das „Handels- und Fabriken-Register der Provinz Westfalen“ von 1863 wie auch das Herforder Adressbuch aus dem Jahre 1864 zeigen, dass die jüdischen Bürger vor allem als Kaufleute im Leinen- und Manufakturwarenhandel tätig waren. Davon hatten neun zwischen 1840 und 1855 ihr Geschäft begründet. Manchen Weinberg war auch im Eisen- und Stahlwarenhandel tätig und Johan Strelitzer beantragte gleichzeitig einen Gewerbeschein zum Umherziehen, um "Bestellungen auf Colonialwaren, Material, Branntwein, Tabak, Zigarren zu suchen. Sostmann Jungermann tat ein Gleiches.“

Großen Bedarf gab es an Leinen-Kitteln für die wachsende Arbeiterschaft, daraus entstand schnell der Übergang vom Handel zur eigenen Produktion. Gleichzeitig entstand das Verlagssystem, bei dem der Kaufmann die Waren bei Heimarbeiterinnen in Auftrag ab. Jüdische Kaufleute hatten am Aufkommen einer Herforder Wäsche- und Textilindustrie entscheidenden Anteil. Führend waren die von den Brüdern Joseph und Hermann Elsbach 1873 gegründete Wäschefabrik und die Konfektionsfabrik Levi Elsbach, hervorgegangen aus dem Manufaktur- und Modewarenladen Elsbach. Die Firma A. Ruben bestand als Leinenhandlung schon ab 1843 und entwickelte sich ab 1862 über eine Leinenweberei bis zur Herrenkleiderfabrik. Jacob Grundmann stellte ab 1875 hauptsächlich Luster- und Drellröcke her. Im

Jahre 1900 ging die von Julius Koch Ende 1884 gegründete Herrenkleiderfabrik, die hauptsächlich Arbeiterkleidung, Hemden, Lüsterjoppen herstellte, in den Besitz der Familie Schiff über. Erfolgreich waren Juden aber auch in weiteren Branchen. Emanuel Weinberg gründete 1872 die „Weinberg-Schokoladen-Werke“.

Die Mehrzahl der jüdischen Gemeindemitglieder waren gut situierte Kaufleute. In der Stadtmitte gehörten ihnen große und moderne Wohn- und Geschäftshäuser. Am Alten Markt 5 war die Manufakturwarenhandlung Rosenbaum & Co., der Alte Markt 8 beherbergte das Corsettfachgeschäft Strasser & Co., das Modewarengeschäft Edelstein befand sich am Alten Markt 13, Alter Markt 12 gehörte Felix Heilbronn, dem Schwiegersohn des Bankiers Ganz. Im Gehrenberg gehörte Nr. 2 der Familie Simon Heinemann und Nr. 12 dem Bettenfachgeschäft Goldberg. Hermann Herzfeld besaß im Gehrenberg 15 ein großes Kaufhaus, das er nach einem Brand 1903 als ersten Betonbau in Minden-Ravensberg neu errichtete. Im Gehrenberg 25 befand sich das Weiß- und Wollwarengeschäft Ruschkewitz, vormals Isacson, und in der Bäckerstraße lag das Manufakturwarengeschäft der Witwe Weinberg. In der Komturstraße war die Lederhandlung Weingarten tätig.

Einige Herforder engagierten sich auch in Berufs- und Interessenverbänden, so war Julius Elsbach 1884 bis 1887 im Vorstand der Konfektionskrankenkasse, 1889 Aufsichtsrat im Kaufmännischen Verein, 1890 bis 1903 Beisitzer im Gewerbegericht und 1905 im Kaufmannsgericht. Hermann Ruben war 1908/10 Vorsitzender des Vereins der Fabrikanten der Bekleidungsbranche.

Um die Jahrhundertwende siedelten sich die Fabrikanten aus der Herforder jüdischen Gemeinde mit Ihren Fabriken und Villen außerhalb des Stadtkernes an, am Lübbertorwall, dem Wilhelmsplatz, in der Goeben- und Luisenstraße. Nach wie vor gab es aber auch jüdische Kleinhändler, Schlachter, Viehhändler und viele andere Berufe.

23

Herford, 1868 - 1933

Juden im Vereinsleben und als Stifter

Viele Mitglieder der jüdischen Gemeinde waren auch in den gesellschaftlichen Kreisen Herfords aktiv. Der 1832 gegründete Schützenverein war einer der wichtigen bürgerlichen Treffpunkte. „Jonas Meier und die Königin Frau Adolf Korte“ (Frau des Herforder Teppichfabrikanten) waren 1868 das Schützenkönigspaar. Julius Weingarten senior wurde 1876 und 1877/78 zum Hauptmann nominiert und war in den Jahren 1886 bis 1898 Mitglied des Verwaltungsrates. Seine Tochter Bertha fungierte 1895 und 1904 als Hofdame. 1904 bildeten „Frau

Paul Schönfeld“ und Kaufmann Julius Weingarten junior das Königspaar. Dieser bekleidete bereits ab 1902 den Rang eines Leutnants, später eines Hauptmanns. Dass in dieser Zeit die Mitgliedschaft von Juden im Schützenverein durchaus üblich war, zeigt die wachsende Zahl der Hofdamen und Hauptmänner. Mitglieder der Familien Blumenthal, Edelstein, Elsbach, Franke, Hoffmann, Schiff, Löwenstern, Raphaelson, Ruben und Weinberg waren vertreten und blieben Mitglieder bis in die 1930er Jahre.

Fabrikant Emil Weinberg sang im Chor des Herforder Musikvereins und gehörte dessen Vorstand an. Bendix Alexander Weinberg war mit Engelbert Schönfeld Gründer der Turngemeinde Herford (TGH), des eher bürgerlichen Sportvereins. In der Sonderausgabe des Herforder Kreisblatts vom 14. November 1910 wird er als Ehrenmitglied angesprochen, "den auch wir Mitglieder der jüngeren Jahrgänge der Turngemeinde als einen Herrn kennen, der nicht versäumte, die neuen Mitglieder zur Treue gegen die Turngemeinde zu ermahnen, wie er sie geübt hat."

Im 1870 gegründeten Herforder Verschönerungsverein waren bis zum Ausschluss nach 1933 unter anderem Vertreter der Familien Schiff, Ruben, Baruch und Elsbach Mitglied und übernahmen Vorstandsfunktionen. Hermann Elsbach war in Herford als Zauberer und „Professor Hermann“ bekannt und gern gesehener Gast auf Feiern. Er erhielt 1888 den Ehrentitel „Oberreichsfechtmeister“ für seine Fähigkeit, große Spendensummen einzusammeln („fechten“ genannt).

Als 1901 die „Freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz“, der Vorläufer des Deutschen Rotes Kreuzes gegründet wurde, wählte sie den Besen- und Bürstenfabrikanten Bernhard Blumenthal zum ersten Vorsitzenden.

Die jüdischen Gemeindemitglieder engagierten sich in gleicher Weise in Wohltätigkeitsvereinen oder gründeten Stiftungen zur fachlichen Ausbildung junger Menschen. Isidor Baruch förderte „wenig bemittelte“ Schüler. Hermann Elsbach stiftete 1916 für einen Fonds beträchtliche Gelder für die Linderung der Not von Kriegerwitwen und -waisen. Hermann Herzfeld stellte einer Herforder Schule Geld für Badekuren mittelloser Schülerinnen zur Verfügung und trug mit zum Neubau des städtischen Krankenhauses während des Ersten Weltkriegs bei. Die Firma Elsbach und einige Mitglieder ihrer Geschäftsleitung spendeten 1916 Geld und Ausstattungstücke für das neue Herforder Rathaus.

Diese karitativen Aktivitäten dauerten bis in die 1930er Jahre an. Dann wurden sie abgebrochen, weil die Förderer flüchten mussten oder enteignet wurden. Der Margarinefabrikant Adolf Obermeier knüpfte an seine Spende zum Bau des Otto-Weddigen-Bades im Jahre 1934 noch die Bedingung, dass mit Eröffnung des Schwimmbads Juden nicht von der Benutzung ausgeschlossen werden dürften. Seine Spende in beträchtlicher Höhe wurde angenommen, Juden aber das Betreten des Bades verboten. Obermeier

verlangte wegen Verletzung der Vergabeklauseln vergeblich seine Spende zurück. Alle Stiftungen von jüdischer Seite legte die Stadt in den 1940er Jahren mit anderen Stiftungen so zusammen, dass die Namen der jüdischen Stifter unkenntlich wurden, und änderte dies nach 1945 nicht.

24

Herford, 1870 – 1928

Soziales und familiäres Leben

Die jüdischen Familien hatten untereinander besonders enge, auch überregionale Kontakte und standen zu den anderen bürgerlichen Familien in Herford in naher Verbindung. Zu besonderen familiären Ereignissen, Jubiläen und Sterbefällen tauschten sie sich in regem Briefverkehr aus und in den Zeitungen fanden besondere Ereignisse ihren Widerhall. Leider sind viele dieser Dokumente in der Zeit der Verfolgung und Vernichtung ab 1933 verloren gegangen.

Der Briefnachlass der Familie Eduard Berliner aus den Jahren 1870 bis 1892 gibt viele Einblicke in die weitverzweigten beruflichen und persönlichen Familienzusammenhänge. Sie zeigen den Alltag einer jüdischen Familie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts – einer Zeit der gesellschaftlichen Gleichstellung der Juden in Deutschland, aber auch eines neu einsetzenden Antisemitismus.

Im Nachlass der Familie von Käthe Elsbach und ihrem Mann Adolf Maass ist die sehr umfangreiche private und geschäftliche Korrespondenz aus dem 19. Jahrhundert bis kurz vor der Deportation des Ehepaares 1942 überliefert. In verschiedenen anderen Sammlungen finden sich Dokumente wie eine Trauerbekundung Hermanns Elsbachs zum Kriegstod des Sohnes der Fabrikantenfamilie Eick.

Jüdische Bürger und ihr Wirken würdigten die Zeitungen der Kaiserzeit und Weimarer Republik umfangreich. 1892 berichteten sie: "Die Feier der Goldenen Hochzeit der A. Weingartschen Eheleute war ein beredtes Zeugnis für die Achtung und Beliebtheit, deren die Jubilare in weitesten Kreisen sich erfreuen. Eingeläutet wurde der Ehrentag durch eine erhebende Morgenmusik, welche die Dingelsche Kapelle ausführte. Um 11 Uhr fand durch den Prediger der Synagogengemeinde Herrn Dr. Hulisch die Einsegnung der Ehe statt, der in seiner Rede den Tag als Denktag und Hoffnungstag beleuchtete. ... Der Herr Bürgermeister gab in warmen Ausdrücken den Glückwünschen der Stadt Ausdruck und entledigte sich alsdann des ehrenvollen Auftrages, den Jubilaren das Glückwunschsreiben aus dem kaiserlichen Cabinet und die Ehejubilarsmedaille des Königs zu übermitteln. Der Vorstand des israelitischen Frauenvereins überbrachte die besten Gratulationen und widmete, mit Rücksicht auf die Verdienste der Jubilarin um den Verein, eine

kunstvoll gefertigte Adresse [Urkunde], in welcher Form Frau Weingarten zum Ehrenmitglied des Vereins ernannt wurde. Zahlreiche Blumensträuße, sehr viele Glückwunschschriften und Depeschen, sowie ein wahrer Pilgerzug von Gratulanten während des ganzen Tages bezeugten die liebevolle Anteilnahme, die das seltene Ereignis hervorgerufen".

Zum Tod von Hermann Elsbach 1926 erschienen umfangreiche Nachrufe in den Lokalblättern, ebenso zum plötzlichen Tod von Simon Heinemann auf einem Schützenfest in Esens 1928.

Hellmut Herzfeld (Überlebender aus der Kaufmannsfamilie Herzfeld) schilderte im März 1965 in Briefen an den damaligen Bürgermeister Dr. Schober das gesellschaftlich integrierte Leben der Herforder Juden in der Weimarer Zeit an vielen persönlichen Beispielen und Charakteren, würdigte ihre Literatur- und Kulturbeflissenheit und ordnete sie politisch eher liberal bis nationalliberal ein.

25

Herford, 1849 – 1901

Verfassung und Organisation der jüdischen Gemeinde

Aufgrund des Preußischen Judengesetzes von 1847 wurden die Synagogengemeinden zu Körperschaften des öffentlichen Rechtes und konnten nun die meisten Belange in eigener Verantwortung regeln. Die Herforder Gemeinde erließ 1849 ihre ersten Statuten:

„Statuten der jüdischen Gemeinde zu Herford

Nachdem die Königliche Regierung die Verwaltung der jüdischen Gemeinde-Sachen von sich gelehnt, und solche nunmehr den einzelnen Gemeinden zur eigenen Regulierung überlassen; so haben sich unterschriebene Mitglieder der jüdischen Gemeinde zu Herford, nach folgende vereinbarte Statuten, die von heute an in Kraft treten sollen durch ihre eigenständige Namens-Unterschrift constituirt.

Art[ikel]: I Von dem Gemeindewesen

§ 1 Jeder der sich zu der früheren Gemeinde angekauft hat, und durch Unterschrift diesen Statuten beitrifft, ist als wirkliches Mitglied zu betrachten, er ist mit den übrigen Mitgliedern gleichberechtigt und verhältnißmäßig verpflichtet. ..."

Im Februar 1853 war die Konsolidierung der jüdischen Gemeinde soweit abgeschlossen, dass der Vorstand ein „unterthänigstes Gesuch ... um geneigte Ertheilung der Corporations-Rechte“ an den Landrat zu Herford einreichte, auch, um eine Hypothek von 2000 Talern auf die neu erbaute Synagoge und das Schulhaus aufnehmen zu können. „Sämtliche Mitglieder,

circa 26 an der Zahl“ könnten nicht gleichzeitig anwesend sein, um einen solchen Vertrag zu unterzeichnen, „indem ein großer Theil derselben ihre Geschäfte auf Reisen besorgen“. Der Landrat solle sich bei der Königlichen Regierung für die Gemeinde einsetzen, damit diese endlich die Rechte mit „Exekutivischer Gewalt“ bekäme.

Am 1. März 1856 genehmigte der Oberpräsident von Westfalen in Münster das neue „Statut für die Synagogen-Gemeinde zu Herford“. Die Gemeinde ergänzte die neuen Statuten um eine detaillierte Synagogenordnung. Im Zentralarchiv des jüdischen Volkes in Jerusalem sind umfangreiche Protokolle der Gemeindevertretung überliefert, die den Alltag in der Gemeinde illustrieren, weitere Akten zum Leben der Gemeinde finden sich im Centrum Judaicum in Berlin. Die Synagogenordnung wurde 1901 nochmals erneuert, 1915 auch die Statuten der Gemeinde. Sie folgte seit 1878 mit dem neuen Rabbiner Dr. Israel Hulisch einem liberalen Ritus, was sich auch in der Nutzung einer Orgel in der Synagoge und dem Chorgesang zeigte.

In den Herforder Adressbüchern wurde die jüdische Gemeinde mit ihren Repräsentanten selbstverständlich neben den anderen Religionsgemeinschaften aufgeführt.

26

Herford, 1851 – 1938

Eigene Einrichtungen und Vereine

Die Mitglieder der jüdischen Gemeinde Herford besaßen wie weit größere Gemeinden ein aktives Vereinsleben. In einer 323 Namen umfassenden Liste der Mitglieder, die sie 1939 vorlegen musste, vermerkte sie auch die Mitgliedschaft in diesen Gruppen: 30 Mitglieder hatte die Chewra Kadischa (frühester Eintritt 1880), 39 der Frauenverein (seit 1887), 43 der Centralverein der Juden (ab 1902), 47 waren im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (ab 1919) aktiv, 93 im Jüdischen Kulturbund (ab 1934) und 15 Mitglieder in zionistischen Organisationen (ab 1935).

Die Chewra Kadischa widmete sich den Sterbenden und Verstorbenen. Meist von den angesehensten Männern angeführt, galt sie als religiös besonders verdienstvoll. Eine Frauenchewra lässt sich für Herford nicht nachweisen. Die Chewra kümmerte sich um den Friedhof, Krankenbesuche, das Gebet für die Sterbenden mit zehn jüdischen Männern, um den Ablauf der Bestattung sowie die siebentägige Trauerzeit.

Der jüdische Frauenverein war für soziale Maßnahmen nicht nur innerhalb der eigenen Gemeinde aktiv. Neben Armutsbekämpfung und Wohlfahrtspflege kamen auch Themen wie die Verbesserung der gesellschaftlichen Position von Frauen und seit der Jahrhundertwende auch

das politische Stimmrecht dazu. Der Frauenverein rief noch am 11. Februar 1933 zusammen mit anderen Verbänden zur Unterstützung von Arbeitslosen auf. Er gehörte zum festen Kreis der Wohlfahrtsvereine, über seine Aktivitäten berichteten die Zeitungen und die städtischen Verwaltungsberichte.

Der seit 1919 bestehende Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF) vereinigte jüdische Soldaten des Ersten Weltkriegs. Von 85.000 jüdischen Soldaten starben 12.000. Überlebende organisierten sich in ca. 500 Ortsgruppen. Neben der Abwehr des Antisemitismus widmeten sie sich der Kriegsopferversorgung und einem Siedlungswerk. Der RjF strebte die Einbindung der Juden in die Gesellschaft an, förderte Ausbildung in Landwirtschaft und Handwerk und gründete den jüdischen Sportbund „Schild“, der nach dem Ausschluss der jüdischen Mitglieder aus den Sportvereinen 1933 wichtig wurde. Dr. Weinberg gründete im Dezember 1934 Schild Herford auch mit einer Schüler- und Jugendmannschaft.

Der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) bildete sich 1893 in Reaktion auf die Antisemitenparteien zur „Wahrung ihrer staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung und in der unbeirrten Pflege deutscher Gesinnung.“ Er klagte bei Behörden und Gerichten gegen Antisemiten und übte öffentlichen Druck aus. In Herford war bis zu seinem Tod 1935 Rabbiner Siegmund Goldmann Vorsitzender, danach übernahm Rechtsanwalt Hans Davidsohn bis zu seinem Unfalltod im Oktober 1936 das Amt. Er forderte - teilweise erfolgreich - in zahlreichen Schreiben an den Regierungspräsidenten Maßnahmen gegen die antisemitischen Boykottmaßnahmen, gegen judenfeindliche Ortseingangsschilder, Stürmerkästen und Karikaturen im gesamten Ostwestfalen.

Die 1894 gegründete National-Jüdische Vereinigung benannte sich ab 1897 als Zionistische Vereinigung für Deutschland (ZVfD). Sie unterstützten ab 1933 unter anderem das Ha'avara-Abkommen zwischen Nazideutschland und zionistischen Juden, das diese zur Auswanderung nach Palästina ermutigen sollte. Zu den Herforder Mitgliedern gehörten einige Jugendliche, die sich auf eine Emigration vorbereiteten.

Fast die Hälfte der 1933 bestehenden Gemeinde wurde Mitglied im Jüdischen Kulturbund, der im Juli 1933 als Reaktion auf die Entlassungen jüdischer Künstler aus den Kulturbetrieben gegründet wurde. Tragende Säule im Raum Herford war bis zu seinem Tod Prediger Siegmund Goldmann. Es fanden bis 1938 regelmäßige Kulturveranstaltungen in den Städten und Gemeinden Ostwestfalens statt. Nachfolger wurde Rechtsanwalt Dr. Hans Davidsohn.

Politische Aktivitäten

Im Herforder Stadtrat war von 1879 bis 1885 Kaufmann Markus Daniel Ganz der erste Ratsherr jüdischen Glaubens. In der Phase des beginnenden neuen Antisemitismus, dessen bekanntester westfälischer Vertreter Adolf Stöcker auch im Raum Herford Anhänger fand, wollte sich der Herforder Rabbiner Dr. Israel Hulisch zu den Stadtverordnetenwahlen 1882 von den Liberalen aufstellen lassen.

In einer Wahlversammlung wurde seine Kandidatur aber in Zweifel gezogen: "Der Herr Referent teilte mit, daß am Sonnabend die Herren Engel und Dr. Hulisch durch Majoritätsbeschluß als Kandidaten für dieselbe (3. Abteilung) aufgestellt seien. Hinsichtlich des Letzteren müsse er jedoch zu seinem Bedauern mitteilen, daß, nachdem er mit verschiedenen Wählern Fühlung genommen, es zweifelhaft sei, Herrn Dr. Hulisch durchzubringen, weil er - Jude ist!" Im Interesse der Partei wurde Dr. Hulisch zur Zurücknahme seiner Kandidatur aufgefordert, obwohl ihm für politische Aufgaben besondere Fähigkeiten zugeschrieben wurden.

Dr. Hulisch entgegnete: "Als Sie in der gestrigen Versammlung für die Stadtverordnetenwahl durch Majoritätsbeschluß mich ernannten, war ich es gerade, der Ihnen ins Gewissen sprach, alle Bedenken zu erwägen, damit eine Zersplitterung und Schwächung der Partei verhütet werde. Sie aber hielten in freundlicher Weise an mir fest und bestärkten sich einander in der Pflicht, angesichts der geheimen Agitation unserer Gegner, für meine Wahl mit Ihrer ganzen Kraft einzustehen... Der Maßstab, der an den Vertreter für das Bürgertum zu legen ist, das sind die Bürgertugenden. Hat der zu erwählende durch seinen Wandel, durch sein Denken und Handeln Ihre Achtung, setzen sie in ihm das erforderliche Maß an Einsicht, Willensstärke und Kraft voraus, um Sie vertreten zu können, - nun, so ist das religiöse Bekenntnis nur noch Privatsache. Freilich, ich bin ein Jude! Aber fordert die Religion des Judentums etwa nicht die Anerkennung und Verehrung eines Gottes? Gebietet sie nicht, die Kinder zu nützlichen und braven Menschen zu erziehen, durch sie das Gute um des Guten willen zu üben? Unlautere und schlechte Individuen giebt es auch unter den Juden, wie innerhalb jeder anderen konfessionellen Gemeinschaft". Hulisch wurde nicht bestätigt. Er war bis zu seiner Pensionierung 1907 Rabbiner in Herford. In Herford gründete sich am 3. Juni 1885 ein antisemitischer christlich-sozialer Verein.

In die Stadtverordnetenversammlung wurden von 1885 bis 1891 die Kaufleute Gustav Edelstein und Julius Ruben gewählt, 1896 bis 1909 war Fabrikant Julius Weinberg Ratsherr, von 1903 bis 1908 erneut Bankier Ganz, 1911 Kaufmann Hermann Ruben und von 1912 bis 1918 Julius Elsbach. Einziger Ratsherr jüdischer Religion in der Weimarer Zeit war von 1919 bis 1927 Fabrikdirektor Isidor Baruch (Mitgeschäftsführer bei der Elsbach AG).

Herford 1914 – 1928

Juden im Ersten Weltkrieg

Wie die Mehrheit der deutschen Bevölkerung begrüßten auch viele Herforder Juden den Kriegsausbruch im Sommer 1914 mit patriotischem Überschwang. Am 1. August 1914 hatte der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ an seine Mitglieder appelliert: "An die deutschen Juden! In schicksalsernster Stunde ruft das Vaterland seine Söhne unter die Fahnen. Daß jeder deutsche Jude zu den Opfern an Gut und Blut bereit ist, die die Pflicht erheischt, ist selbstverständlich. Glaubensgenossen! Wir rufen Euch auf, über das Maß der Pflicht hinaus Eure Kräfte dem Vaterland zu widmen! Eilt freiwillig zu den Fahnen! ..."

Im Krieg setzten schnell antijüdische Angriffe mit dem Vorwurf der „Drückebergerei“ ein. Höhepunkt war die sogenannte Judenzählung 1916. Die jüdischen Verbände versuchten zur Entkräftung dieser Angriffe den Dienst für das Vaterland zu belegen.

Auch nach 1918 setzte sich der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten gegen antisemitische Angriffe ein. Er veröffentlichte Bücher, in denen auch die Herforder Opfer des Ersten Weltkrieges vorkamen, so ein Frontbrief des 1916 im Krieg getöteten Arthur Goldstein.

Von 47 jüdischen Kriegsteilnehmern starben sieben. Erster Toter war Fabrikant Rudolf Meyer, der am 23. August 1914 in der Schlacht von Gozée bei Charleroy in Frankreich starb. Der Tod des Musketiers Schlachter Siegfried Grünewald, wurde so mitgeteilt: „Am 2. Juli 1916 nachm[ittag] 2 Uhr bei Niwa durch G[ewehr]G[eschoss] in die Brust gefallen. Die Grabstätte befindet sich auf dem Friedhof des Ortes Niwa, etwa 30 km. südwestlich Luck.“ Friedrich Goldstein, Sohn eines Ziegeleibesitzers starb mit 29 Jahren im August 1917. Auf dem Grabstein zitierte die Familie zum Gedenken an Sohn und Bruder den Satz Immanuel Kants: „Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt, ist nicht tot. Er ist nur fern. Tot ist nur, wer vergessen wird“. Kaufmann Leopold Hecht starb im Alter von 35 Jahren am 26. November 1917 im Feldlazarett in Obouvron.

Andere Herforder wurden für ihre Leistungen ausgezeichnet: Dr. med. Alfred Weinberg hatte seinen Oberst aus der Frontlinie gerettet und bekam das Eiserne Kreuz Erster Klasse. Seine Söhne Emil und der schwer verwundete, dann behinderte Paul, wurden ebenfalls ausgezeichnet. Erich Hoffmann erhielt als Offizier ebenfalls das EK I. Hugo Ruben wurde am ersten Kriegstag eingezogen und gehörte zu der „Selbstmordgarnison“ auf Helgoland, er erhielt das Frontkämpferkreuz. Arthur Spanier bekam das EK II. Frau Herzfeld erhielt das Kriegsverdienstkreuz für ihre Betreuung der Kriegswaisen und -witwen, eine Auszeichnung, die nur wenigen

Herforderinnen zuteil wurde.

Im Nachruf auf den Teilnehmer des Krieges 1870/71, Rohproduktenhändler Simon Heinemann, der 1928 mit 81 Jahren beim Besuch seiner Tochter in Esens beim Schützenfest durch eine verirrte Kugel starb, berichtete die Zeitung ausdrücklich, dass alle soldatischen Vereine Herfords an der Beerdigung teilnahmen.

29

Herford, 1933 – 1945

Ausgrenzung, Verhaftung und Zwangsarbeit

Direkt nach der Machtübernahme und der „Gleichschaltung“ der Stadtverwaltung durch die NSDAP begannen auch in Herford die Ausgrenzungsmaßnahmen. Mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ war es möglich, jüdische Beamte, Angestellte und Arbeiter aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen. Rechtsanwälte und Notare verloren ihre berufliche Existenz, so die Herforder Davidsohn und Herzfeld. Die private Handelsschule von Albert Ostwald musste am 19. April 1933 geschlossen werden. Jüdische Mitglieder mussten zur gleichen Zeit aus Sport- und Turnvereinen austreten.

Am 5. April 1933 wurde Kurt Steinitz, Geschäftsführer der Wohlwert-Filiale, festgenommen. Er war „wegen sittlicher Verfehlungen an seinem Personal“ angezeigt worden. Ebenfalls der „Rassenschande“ bezichtigt, inhaftierte die Polizei am 8. März 1934 Max Less, der eine Zoohandlung betrieb. Herforder SA-Leute trieben ihn mit einem Schild „Ich Judenlump habe ein deutsches Mädchen geschändet!“ durch die Stadt. Er verpflichtete sich für seine Entlassung, Herford unter Aufgabe seines Geschäfts sofort zu verlassen. Am 10. Januar 1934 erfolgte die Verhaftung Fritz Meyers, Leiter der Abteilung Herrenwäsche der Firma Elsbach. Ihm wurde vorgeworfen, er habe Vorwürfe gegen Juden in einer Textilfachzeitschrift als Lügen bezeichnet. Nur durch persönliche Kontakte zur Gestapozentrale Berlin kam es zur Entlassung aus dem Polizeigefängnis.

Als am 16. März 1934 im Wittekind-Kino der Film „Früchtgen“ mit einer jüdischen Hauptdarstellerin gezeigt werden sollte, provozierten SA-Leute die Besucher, stürmten das Büro des Kinos und beschimpften, bedrohten und demütigten die nichtjüdische Besitzerfamilie Salfeld.

In immer schnellerer Folge erließ das NS-Regime weitere antijüdische Maßnahmen und Gesetze. Im September 1935 gab es in Herford zwölf „Stürmerkästen“ mit Beschriftungen wie „Die Juden sind unser Unglück. Die Judenfrage lernt man durch den Stürmer kennen.“ An allen Stadtausgangsstraßen gab es Schilder mit der Aufschrift „Juden sind in dieser Stadt nicht erwünscht.“

Die Schulleiter der Kaufmännischen Berufsschule „beurlaubten“ widerrechtlich jüdische Berufsschüler vom vorgeschriebenen Unterricht und bildeten im Oktober 1937 eine „Sonderklasse“. Dort musste der jüdische Diplom-Kaufmann Albert Ostwald jüdische Schüler der gewerblichen und kaufmännischen Berufsschule unterrichten. Durch die „Arisierung“ verloren viele jüdische Lehrlinge ihren Ausbildungsplatz. Am 15. November 1938 erfolgte das allgemeine Schulverbot für Juden. Rabbiner Erich Lewin unterrichtete bis zur Deportation 1941 privat eine kleine Gruppe Kinder und Jugendliche weiter.

Nach einer Verordnung mussten Juden ab 1. Januar 1939 einen zusätzlichen Zwangsvornamen annehmen: „Israel“ und „Sara“. Ihre Reisepässe und Ausweise bekamen ab Oktober 1938 einen „J“-Stempel. Am 16. September 1941 berichtete die Gestapo: „Die Kennzeichnungspflicht für alle Juden über sechs Jahren durch den ‚Judenstern‘ wird in weiten Bevölkerungskreisen sehr positiv angenommen.“

Ab Frühjahr 1940 waren alle jüdischen Männer zwischen 18 und 55 und alle Frauen zwischen 18 und 50 Jahren meldepflichtig. Von Mai 1940 an mussten sie als jüdische Arbeiter nicht nur Gelegenheitsarbeiten verrichten, sondern auch in der industriellen Produktion zwangsweise arbeiten.

30

Herford, 1933 – 1942

Geschäftsboykotte und „Arisierung“

Für den 1. April 1933 wurde zu einem reichsweiten Boykott gegen jüdische Geschäfte, Rechtsanwälte und Ärzte aufgerufen. In Herford begann dieser schon am 28. März mit Posten von SA-Leuten mit Schildern, auf denen Käufer aufgefordert wurden, nur noch in „deutschen“ Geschäften zu kaufen. Die SA hatte dabei besonders das preiswerte Kaufhaus „Wohlwert“ im Gehrenberg 1 im Blick. Weitere größere Boykottaktionen gab es im Dezember 1933 und 1934. Zum 1. September 1935 organisierte die NS-Hago (Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation) Herford einen weiteren Geschäftsboykott. In vielen Stadtteilen wurden judenfeindliche Transparente über die Straßen gezogen. Mitte September hing auch in der Herforder Markthalle ein Schild mit judenfeindlicher Aufschrift.

Ab Anfang 1938 wurde die „Arisierung“ von staatlicher Seite systematisiert. Jüdische Vermögen, die im Rahmen des „Entjudungsprogramms“ auf Sperrkonten einzufrieren waren, sollten dem Staat zufließen. Ende April mussten alle „jüdischen Vermögen“ über 5.000 Reichsmark angemeldet werden, ab Mitte Juni war die Registrierung aller jüdischen Gewerbebetriebe vorgeschrieben und wurden öffentlich als solche gekennzeichnet.

Schon im September 1933 gab der Kaufmann Eugen Heydt sein Geschäft „Gumpert-Damenmoden“ am Alten Markt 12 auf und emigrierte. Viehhändler Meier Löwenstern in der Credenstraße 35 musste sein Geschäft aufgeben und schlug sich mit der Führung eines Privatmittagstischs durch. Das Gewerbe des Viehhändlers Adolf Berghausen, Komturstraße 35 wurde im September 1938 gelöscht, die Damenschneiderei von Herta Berghausen Ende 1938.

Bei der Wäschefabrik Elsbach AG musste Curt Elsbach aus dem Vorstand ausscheiden. Während seiner „Sicherungshaft“ vom 10. Mai bis 3. Juli 1938 im Berliner Polizeipräsidium unterzeichnete er den Verkauf an Adolf Ahlers. Das Kaufhaus Hermann Herzfeld, Gehrenberg 15, dessen Inhaber nach dem Tod Hermann Herzfelds im Jahre 1934 sein Sohn Paul war, übernahm 1938 Franz Klingenthal aus Salzkotten.

Das Bettenfachgeschäft Goldberg, Gehrenberg 12, wurde am 23. März 1939 von der Hill AG. übernommen. Das Malergeschäft Philipp Hecht, Brüderstraße 3, wurde Ende 1938 gelöscht. Das Büroeinrichtungshaus Dahlmann kaufte 1939 die Herrenkleiderfabrik Grundmann, Neuer Markt 4, weit unter Wert.

Die Herrenkleiderfabrik Julius Koch Nachfolger (Inhaber Familie Schiff), Kreishausstr. 6, wurde Ende 1938 von Edmund Steinhäuser und vier weiteren Kommanditisten übernommen und unter dem Namen Julius Koch Nachf. KG weitergeführt. Die Schuhmacherei Felix Kreuz, Hollandstr. 30 wurde Ende 1938 gelöscht. Warenlager und Geschäftseinrichtung des Modewarengeschäfts Fritz Leeser, Bäckerstraße 26/28, kaufte vor dessen Emigration 1938 Walter Kox, der gleichzeitig das Haus Bäckerstraße 26/28 von Paul Weinberg erwarb. Adolf Obermeier, Mitinhaber der Herforder Süßbrahm-Margarinefabrik Jursch & Schwake, schied zum 1. Juli 1938 aus der Firma aus. Er starb 1942 in Herford. Die Herrenkleiderfabrik A. Ruben OHG, gehörte Hugo Ruben, der Ende Oktober 1937 während einer Geschäftsreise in Leipzig verhaftet wurde. Anfang Juni 1938 wurde die Firma an Oskar Tovote verkauft. Die Häuser und das Geschäft der Lederhandlung Weingarten, Komturstraße 14/16 wurden am 18. November 1939 an Gustav Kunst zwangsverkauft.

Albert Nathan, ein Kaufmann aus Paderborn, eröffnete 1931 das Einheitspreisgeschäft „Wohlwert“ mit billigen Preisen in den Geschäftsräumen des Hauses Gehrenberg 1, das den Brüdern Hoffmann gehörte. Das Kaufhaus musste Mitte 1938 an Franz Klingenthal verkauft werden.

Pogrom und „Verwertung“ der Synagoge

Schon drei Jahre nach der Neuweihe legten am 12. April 1934 fünf Herforder einen Brand. Trotz schneller Löschung entstand erheblicher Sachschaden an der Inneneinrichtung. Insbesondere die Orgel wurde zerstört. Die Saarbrücker Zeitung „Volksstimme“ berichtete, fünf „SA-Leute im Suff“ hätten das Feuer gelegt. SA-Mann Gustav Griese, Stahlhelmann Franz Bremer und Bäckergehilfe Gerhard Kriener kamen am 7. Oktober 1934 in Untersuchungshaft, ihre Entlassung erfolgte jedoch schon am 8. November aufgrund eines Gesetzes vom 7. August 1934, das Straffreiheit für Taten gewährte, „zu denen sich der Täter durch Übereifer im Kampfe für den nationalsozialistischen Gedanken hat hinreißen lassen“.

Am 9. und 10. November 1938 steckten Hitlerjungen, SA- und SS-Leute unter dem Beifall zahlreicher Herforder die Synagoge in Brand. Die Inneneinrichtung wurde vollständig zerstört. Die Feuerwehr griff erst ein, als eine benachbarte Färberei, in der explosive Materialien gelagert wurden, gefährdet schien. Die in der Nacht begonnenen Verwüstungen setzten die Täter am Tage unter den Augen einer großen Menschenmenge fort. Einrichtungs- und Kultgegenstände wurden auf die Straße geschafft und geplündert.

Nur eine durch Feuer und Löschwasser geschädigte Thorarolle konnte gerettet werden. Eine unbekannte Person steckte Helmut Gaffron, dem Pastor der benachbarten St. Johannis-Kirche, die Grundsteinlegungsurkunde für die Synagoge zu, die dieser versteckte. Das Schriftstück gilt heute allerdings als verschollen. Fritz Georg schlug den Davidstern von der Giebelspitze herunter. Er ist der einzige Täter, der nach 1945 verurteilt wurde.

In einem vertraulichen Bericht bestätigte Oberbürgermeister Fritz Kleim dem Regierungspräsidenten erstaunlich offen die ablehnende Haltung der Bevölkerung: „Die Zerstörung der jüdischen Geschäfte wird hier von einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung abgelehnt, erst recht natürlich die dabei vorgekommenen vielen Ausschreitungen, körperlichen Misshandlungen und Plünderungen. Die in der Presse vertretene Auffassung, es habe sich um einen spontanen Ausbruch der Stimmung der Bevölkerung gehandelt, findet keinerlei Glauben. Allgemein nimmt man an, daß eine angeordnete und organisierte Aktion vorgelegen hat.“

Wohnungen und Geschäftsräume wurden bis in die Nachmittagsstunden des 10. November 1938 beschädigt, so auch die Büroeinrichtung des Tabakgroßhändlers Arthur Spanier am Bahnhofsplatz „völlig zertrümmert“. In der Nacht und am folgenden Tag wurden über 30 vor allem „vermögende Juden“ aus Stadt und Kreis Herford im Zellentrakt festgehalten und in das Sonderlager im KZ Buchenwald gebracht. Die Mehrzahl der Männer entließ man Ende November/Anfang Dezember 1938 unter der Bedingung, ihre Häuser, Geschäfte und Fabriken zu verkaufen und möglichst bald

auszuwandern.

Bald nach der Brandstiftung sollte die Ruine der äußerlich weitgehend erhaltenen Synagoge „vermarktet“ werden. Verschiedene Interessenten zogen sich aber wieder zurück. Die Stadt Herford forderte danach den sofortigen Abriss der Synagoge, der 1939 von der jüdischen Gemeinde selbst vollzogen werden mußte. Die Stadt erwarb das Synagogengrundstück schließlich für geringe 4.732 Reichsmark und nutzte es als Parkplatz. Das Gemeindehaus – wie auch der Friedhof – blieb zunächst im Besitz der Gemeinde, wurde nach der ersten Deportation 1941 dann aber von der Stadt übernommen und anderen Zwecken zugewiesen.

32

Herford 1933 – 1945

Emigration, Deportation, „Verwertung“, letzte Spuren

Laut einer Aufstellung von 1960 lebten am 16. Juni 1933 in Herford 193 Juden, bis zum 17. Mai 1939 waren 71 von ihnen emigriert. 1938 und 1939 entschlossen sich einige Eltern, ihr Kind mit einem Kindertransport nach England, USA oder Schweden zu retten. Verbunden mit der Emigration waren finanzielle Auflagen, so dass ein Großteil des Vermögens an den NS-Staat verloren ging. Am 23. Oktober 1941 verordnete der Staat „Die Auswanderung von Juden aus Deutschland ist ausnahmslos für die Dauer des Krieges verboten.“

Die noch im Raum Herford lebenden Juden deportierte die Staatsmacht in drei größeren und mehreren kleineren Transporten. Die erste Deportation erfolgte am 13. Dezember 1941 nach Riga. Unter den etwa 1.000 Insassen des Zuges aus Bielefeld „zum Arbeitseinsatz Ost“ waren 33 aus Herford. Sie mussten sich bereits am 9. Dezember auf dem Rathausplatz einfinden und wurden mit den anderen in der Gaststätte „Kyffhäuser“ am Kesselbrink in Bielefeld, versammelt. Nach Ankunft am 15. Dezember gab es während des langen Fußmarsches durch tiefen Schnee zum Rigaer Ghetto Misshandlungen und Erschießungen alter und kranker Menschen. Im Ghetto fanden die Erschöpften zum Teil noch das gefrorene Essen lettischer Juden, die kurz zuvor ermordet worden waren, auf den Tischen vor.

Die wenigen verbliebenen Juden bemühten sich, miteinander und mit den Deportierten in Kontakt zu bleiben. Ab September 1944 begann der Abtransport sogenannter „Halbjuden und Mischehepartner“ unter anderem in das Zwangsarbeitslager Elben und in die KZs Dachau und Neuengamme. Am 13. Februar 1945 wurden die letzten Herforder nach Theresienstadt deportiert. Sie überlebten die Befreiung des Lagers durch die Rote Armee am 8. Mai und kehrten nach Herford zurück.

Am 31. März 1942 wurden 994 Juden aus Westfalen und Hannover in das

Warschauer Ghetto deportiert, darunter 36 aus dem Landkreis Herford. Ab 28. Juli 1942 verlegten 22 jüdische Bürger Herfords offiziell ihren „Wohnsitz“ in das „Altersghetto Theresienstadt“. Obwohl nur Menschen über 65 Jahren dorthin kommen sollten, befand sich auch die erst fünfjährige Mirjam Rosenthal darunter. Ihre Eltern konnten sich nicht überwinden, das Angebot der Familie Höcker zur Aufnahme von Mirjam anzunehmen.

Else Obermeier, Konzertpianistin und Organistin der Synagoge, gelangte als Einzelperson in einen Sammeltransport am 10. Juli 1942 aus Bielefeld. Dieser gilt als erster „Familientransport“ aus Deutschland in das KZ Auschwitz. Die Deportierten wurden direkt in der Gaskammer ermordet.

Über das zurückgelassene Inventar in ihren Häusern oder Wohnungen mussten die Deportierten „Bestandsaufnahmen“ erstellen. Aus den zurückgelassenen Werten der Deportierten wurden u.a. diverse Möbelstücke, Wäsche und Porzellan an das Kreis- und Stadtkrankenhaus und die Stadt Herford übergeben, anderes wurde versteigert. Normale Herforder profitierten von der Verwertung. Die Akten dazu wurden vernichtet.

Von der Mehrzahl der Deportierten gibt es nach dem Abtransport keine weiteren Nachrichten. Im Landesarchiv Detmold sind von den später in Auschwitz ermordeten Grete, Erich und Max Hoffmann Postkarten und Empfangsbestätigungen von Paketen von 1943 und 1944 erhalten. Weitere Briefe und Postkarten sind aus dem Warschauer Ghetto und aus dem Zwangsarbeitslager Poniatowa überliefert.

33

Bünde, 1687 – 1818

Anfänge der jüdischen Gemeinde

Für Bünde gilt die in einer Steuerliste von 1687 erwähnte Familie von Philip Leser als erster Nachweis. Sie stand unter brandenburgischem Geleit und wird auch 1691 erwähnt. 1697 ersuchte die Witwe des Medicus Leiser Arend um Ermäßigung des Schutzgeldes für sich und ihre fünf Kinder nach. Zwischen 1702 und 1719 ist David Leiser als Chirurg nachgewiesen. 1714 wurden laut Generalgeleit für Preußen in Bünde die Familien von Abraham Moses, Philip Leser und ein Heinemann als Mann der Witwe Leser benannt, seit 1712 lebte aber auch Marcus Ascher dort. 1739 wurden vier, 1765 fünf jüdische Haushalte nachgewiesen.

Sämtliche Juden lebten zur Miete. 1737 berichtete der Stellvertreter Burchard, dass Juden christliche Familien durch überhöhte Gebote für Mietzahlungen verdrängten, aber keiner der Juden in der Lage wäre, ein Haus zu erwerben. 1770 lebten in Bünde sechs „ordentliche Schutzjuden“ mit ihren Familien und ein „außerordentlicher Jude“. Damit erreichte Bünde eine höhere Zahl

als Herford. 1792 erwarb mit Levi Anselhel erstmals ein Jude ein Haus, Hirsch Leser wurde 1796 Hausbesitz erlaubt.

Bis 1805 lebten vier bis sechs Familien in Bünde, um 1814 war die Gemeinde auf neun Familien angewachsen: Genannt werden Alexander Moses Ganz, die Witwe Anselhel, Isaac Cohen, Jakob Anselhel, Salomon Hartung, Heinemann Hofbauer, Moses Friedlich Aron Goldmann und Meyer Blumenau, dazu ein Jahr später Salomon Heinemann. Sieben dieser Familien werden als bedeutende Händler eingestuft, drei als unbedeutend arm. Sie bestritten ihren Lebensunterhalt meist als Kleinhändler mit Ellenwaren oder Spezereien. Moses Rosenberg handelte mit Federn, Pferde- und Menschenhaar. Die Gemeinde wuchs bis 1818 stark auf 85 Personen an.

34

Bünde, 1815 – 1983

Synagoge, jüdische Gemeinde, Schule und Friedhöfe

1796 war Levy Anselhel Deputierter der ravensbergischen Judenschaft, was auf eine eigenständige Bänder Gemeinde hindeutet. 1815 errichtete die Gemeinde eine Synagoge auf einem Hinterhof in der Eschstraße, die 1836 umgebaut wurde. Erst 1856 verabschiedete die Bänder Gemeinde ein Gemeindestatut, ein Jahr später eine Synagogenordnung.

Die Gemeinde gehörte eher zum traditionellen Judentum, besaß aber auch eine Orgel in der Synagoge. Vorsteher der Synagogengemeinde waren im 19. Jahrhundert Alexander Moses Ganz, danach Anselhel Levison, Moses Levison, um 1900 Alex Ganz, dann Heinemann Hoffbauer, Sally Blumenau und Julius Rosenwald. 1932 waren Theodor Rosenbaum, Simon Rosenwald und Rudolf Blumenau Vorsteher der Gemeinde.

Langjähriger Prediger war der 1924 verstorbene Nachmann Kronenberg. Bis Mitte der 1920er Jahre fanden die Gottesdienste in zweiwöchentlichem Wechsel in Bünde und Vlotho gemeinsam statt. Im 18. Jahrhundert sind einige Namen von jüdischen Lehrern überliefert, die jeweils kurz in Bünde tätig waren. Von 1815 bis 1890 gab es eine Elementarschule im Synagogengebäude. Mitte des 19. Jahrhunderts besuchten sie 30 Schüler und Schülerinnen, ihre Zahl nahm von sechzehn im Jahr 1861 bis zur Schließung der Elementarschule 1890 weiter ab. Anfang des 20. Jahrhunderts besuchten etwa zwanzig Kinder den jüdischen Religionsunterricht der Gemeinde, diese Zahl sank bis 1932 auf drei.

Die Toten der Gemeinde wurden bis 1828 auf dem Friedhof in Enger begraben, dann erwarb die Gemeinde in der Nähe des heutigen Marktplatzes ein Friedhofsgelände, das bis 1895 genutzt wurde. Die Grabsteine des älteren Friedhofs sind nicht mehr vorhanden. Bis zu seiner

endgültigen Zerstörung in den 1950er Jahren standen an der Ecke Heidkamp- und Marktstraße, direkt gegenüber von Gymnasium und Marktplatz, wohl noch einzelne Grabsteine. Die Gemeinde erhielt 1896 ein Gelände für 78 Grabstätten auf dem städtischen Friedhof, dort sind 65 Grabsteine erhalten. Die letzten Beerdigungen fanden 1952 und 1983 statt.

35

Bünde, 1836 – 1929

Familien, Wirtschaft und Gesellschaft

1836 war Bünde mit 145 Juden die größte Gemeinde im Raum Herford. Wenige Bänder Juden übten Handwerke aus, Abraham Levi wird 1836 als Sattler, Joseph Cohn als Schlosser nachgewiesen. Einige Familien wanderten Mitte des 19. Jahrhunderts nach Amerika aus. 1871 gab es 137 Juden, 1895 zählte man 112, 1925 noch 73. Zur Bänder Gemeinde gehörten 1843 sechs Personen aus Kirchlengern, deren Zahl sank bis 1871 auf drei. Dazu kamen 1843 drei Juden in Rödinghausen (später keine Nachweise mehr) und 1858 sieben in Ennigloh, hier stieg die Zahl bis 1925 auf fünfzehn.

Wirtschaftlich erfolgreich waren die Mitglieder die Familie Levison, die zunächst einen Handel mit Ellenwaren betrieb, dann ein Manufaktur- und Konfektionsgeschäft aufbauten und gleichzeitig als Geldverleiher im Raum Herford tätig waren. Carl Levison gründete mit Carl Warmann Ende des 19. Jahrhunderts eine Zigarrenfabrik und wurde damit zum Industriellen.

Weitere Mitglieder der jüdischen Gemeinde eröffneten Zigarrenfabriken und eine Zigarrenkistenfabrik. In Ennigloh war Familie Spanier als Rohtabakhändler tätig. Es existierten zwei jüdische Metzgereien und mehrere Textil- und Manufakturwarengeschäfte. Die Wohn- und Geschäftshäuser der Familien lagen im Stadtzentrum an der Esch-, Hindenburg- und Bahnhofstraße (im Volksmund früher „Judenstraße“) sowie Auf'm Tie. Bekannt ist die Villa Levison an der Hindenburgstr. 1.

Viele Bänder Juden, insbesondere die Fabrikanten, gehörten bürgerlichen Vereinen und Parteien an und waren im gesellschaftlichen Leben präsent. Moses Levison gehörte im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts 25 Jahre lang der Stadtverordnetenversammlung an, sein Sohn Carl war Vorstand der Sparkasse und Schöffe am Amtsgericht. Simon Rosenwald wurde 1929 in die Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Einige Gemeindemitglieder wurden zu Schützenkönigen auserkoren, weitere waren in den Turn- und Gesangsvereinen aktiv. Hermann Horwitz war 1913 bis 1917 Brandmeister der Feuerwehr des Amtes Ennigloh. Einige Bänder engagierten sich in jüdischen Organisationen. Theodor Rosenbaum war seit 1910 Mitglied im Herforder Landesverband des jüdischen Central-

Vereins für Ostwestfalen, dem auch weitere 17 Bänder Juden beitraten. 1913 wurde Lehrer Salomon Blumenau Vorsitzender der C.V. Ortsgruppe „Ostwestfalen und Lippe“.

Im Ersten Weltkrieg starben drei Bänder Juden, Willy Spanier kehrte schwer verletzt zurück. Einige Kriegsteilnehmer wurden für ihre Verdienste ausgezeichnet. Sie gründeten eine Ortsgruppe des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten, die der Herforder Gruppe zugehörte. Auf Anregung einer jüdischen Jugendgruppe bildete sich 1922 aus Angehörigen des jüdischen Jugendvereins Ostwestfalen-Lippe eine „Deutschjüdische Arbeitsgruppe“, die 1923 in Bünde eine Gautagung abhielt.

36

Bünde, 1933 – 1945

Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung

Im Januar 1933 zählte die Jüdische Gemeinde Bünde 19 Kaufleute, fünf Fabrikanten, zwei Freiberufler, je vier Angestellte, Handwerker und Metzger und zwei Prokuristen. 1935 gab es erste Geschäftsboykotte. Kästen mit dem antisemitischen Hetzblatt „Der Stürmer“ wurden aufgestellt. Am 22. August 1935 gab es eine erste Großdemonstration der NSDAP „gegen Judenknechte und Volksverräter“. Weitere Boykottaktionen veranlaßten mehrere Bänder zum Verkauf ihrer Geschäfte und Emigration, meist in die USA. Am Tag nach der Pogromnacht wurden am 10. November 1938 zehn Juden zum Rathaus bestellt, in das Polizeigefängnis in der Bachstraße gebracht und dann ins KZ Buchenwald verschleppt.

Am 10. November 1938 wurde die Synagoge unter Führung des Landrats des Kreises Herford, Erich Hartmann, verwüstet und das Mobiliar sowie die Kultgegenstände auf dem Marktplatz öffentlich verbrannt. Das Gebäude blieb wegen der engen Bebauung im Hinterhof der Eschstraße zunächst erhalten. Weitere Zerstörungen richteten sich am Nachmittag gegen den jüdischen Friedhof und das Kaufhaus Spanier, das nach erster Verwüstung am 11. November ausbrannte. 1941 legte die Staddort eine Parkanlage an, die seit 1949 den Namen „Goetheplatz“ trägt.

Vierzehn Grundstücke, Häuser und eine Zigarrenfabrik wurden in den folgenden Jahren „arisiert“. In Bünde wurden auch „Judenhäuser“ eingerichtet. Die Deportation von über zwanzig Bänder Juden geschah zusammen mit den Juden aus dem Raum Herford in drei größeren Transporten 1941 nach Riga und 1942 nach Warschau und Theresienstadt. Dreißig weitere Bänderinnen und Bänder deportierte der NS-Staat aus anderen Orten oder aus der Emigration in den Niederlanden und ermordete sie in den KZs. Nur Johanna Meyer sowie Erna und Willy Spanier kehrten nach Kriegsende zurück und schlossen sich der Herforder Gemein-de an.

Als einziger Täter wurde der Landrat Erich Hartmann für die Synagogenzerstörung in Bünde mit zwei Jahren Haft bestraft. Eine Rückerstattung jüdischen Besitzes erfolgte in der Regel nicht, einige Überlebende und Verwandte erhielten „Wiedergutmachungsleistungen“.

37

Vlotho, 1664 – 1817

Anfänge der jüdischen Gemeinde

Baruch Wolff erhielt als erster Jude 1664 die Erlaubnis zur Niederlassung in Vlotho, verzog aber schon 1667 nach Minden. 1665 bekam Hirsch Levi einen Schutzbrief für Vlotho. 1667 wurden Jobst Jacob Spanier und Marcus Spanier vergeleitet. 1677 erwirkte Levi Samuel die Konzession für einen seiner Söhne anstelle des ausgewiesenen Samuel Seligmann. 1688 bekam Israel Spanier das Niederlassungsrecht. 1690 erhielten die Kinder von Jobst Jacob Geleitrechte. 1691 lebten drei jüdische Familien in Vlotho, 1700 sind Jobst Jacob, Aron David, Magnus Herz und Israel David nachgewiesen. Im Generalgeleit 1714 werden die Witwe des Jobst Jacob, Israel Spanier, dessen Schwiegersohn Magnus Herz und der zweite Ehemann der Witwe des Salomon Levi aufgelistet. In den folgenden Jahren erhielten weitere Juden Geleitrechte, so dass die Gemeinde 1727 mit acht Familien die größte in der Grafschaft Ravensberg war.

Die Juden waren kaufmännisch tätig, von ihnen sind Messebesuche in Leipzig überliefert. Hohe Schutzgeldzahlungen bestätigten ihren Wohlstand. 1764 lebten achtzehn, 1789 einundzwanzig und 1799 dreiundzwanzig Juden in Vlotho, die zu drei Familien gehörten.

1808 nahmen die Juden in Vlotho die Familiennamen Bieber, Grundmann, Mendelsohn, Stern, Heinemann, Heidelberg, Rosenfeld, Selberg und Weihe an. Sie waren als Handelsmänner, Pferde-, Fell- und Viehhändler und Geldverleiher tätig.

1817 gab es dreizehn Familien mit eigenen Geschäften, sechs davon werden als Händler und gleichzeitig als Schlachter nachgewiesen. Vier von ihnen besaßen eigene Häuser.

38

Vlotho, 1680 – 1986

Synagoge, jüdische Gemeinde, Schule und Friedhöfe

Der seit dem 18. Jahrhundert bestehende Betraum auf dem Brink in der Langen Straße in Vlotho wurde 1843 auch von den Juden aus Valdorf, Neusalzwerk (heute Bad Oeynhausen) und Gohfeld besucht. Schulunterricht

fand ab 1815 in einem angemieteten Raum statt. 1844 erwarb die Gemeinde ein Grundstück an der Langen Str. 66 zur Errichtung einer neuen Schule, auf dem sie 1850/51 auch die Synagoge errichtete. Die Synagoge hatte 69 Sitze für Männer und 44 für Frauen, 1924 wurde dort eine Gedenktafel für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs angebracht.

1856 wurde ein Synagogenbezirk Vlotho gebildet, zu dem auch die Juden in Bad Oeynhausen, Rehme-Niederbecksen und Melbergen gehörten. 1890 erhielt Bad Oeynhausen den Status einer Filialgemeinde von Vlotho. Zur Gemeinde zählten im 19. Jahrhundert ein Jude aus Exter, 1858 vier aus Hollwiesen und 1843 vier aus Valdorf - hier erhöhte sich die Zahl 1925 auf acht. In Gohfeld lebten 1843 sechs, 1859 vierundvierzig, 1871 sechzehn, 1895 vier und 1925 dreizehn Juden.

Gottesdienste fanden meist an Sabbat und an den Feiertagen statt. Die Synagogengemeinde war zunächst eher orthodox ausgerichtet, führte dann aber die liberalere musikalische Begleitung des Gottesdienstes ein, ab 1912 gab es ein Harmonium in der Synagoge. Es existierte eine jüdische Armenkasse und bis 1932/33 ein Israelitischer Frauenverein.

Häufige Lehrerwechsel prägten das 19. Jahrhundert. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts besuchten noch acht Kinder die jüdische Volksschule, Mitte der 1920er Jahre gab es fünfzehn Schülerinnen und Schüler. Auch an den öffentlichen Schulen wurde jüdischer Religionsunterricht angeboten. Aus der Höheren Vlothoer Stadtschule wechselten wegen zunehmender Diskriminierung 1937/38 drei Schülerinnen zur Luisenschule in Bad Oeynhausen.

1680 ist für den Standort des älteren jüdischen Friedhofs am Amtshaus-/Oberberg bereits der Name „Judenbrink“ überliefert. Der älteste Grabstein stammt aus dem Jahr 1713. 1854 eröffnete die Gemeinde an der Wasserstraße getrennt vom städtischen Friedhof einen neuen Friedhof, der auch von den Juden aus Bad Oeynhausen mitgenutzt wurde. In den Jahren 1941/42 wurde der Friedhof teilweise verwüstet, nach 1945 musste daher ein Drittel der erhaltenen 163 Grabsteine restauriert werden. 1967 wurden die zehn erhaltenen Grabsteine vom älteren Friedhof dorthin umgesetzt. 1969 errichtete die Mendel-Grundmann-Gesellschaft dort ein Mahnmal. Der Friedhof steht seit 1986 unter Denkmalschutz.

39

Vlotho, 1856 – 1936

Familien, Wirtschaft und Gesellschaft

1856 erhielt Kaufmann Hirsch Stern einen ersten Gewerbeschein. Kaufmann Falk aus Melbergen war Vorbeter der Juden in Bad Oeynhausen. Abraham Steinberg betrieb ab 1860 eine Mazzenbäckerei, die weit ins

Umland lieferte.

Samuel Steinberg war Soldat im Preußisch-Österreichischen Krieg 1866 und im Deutsch Französischen Krieg von 1870/71. In Letzterem war auch ein Heynemann, sein Vorname ist nicht überliefert, eingesetzt. Im Ersten Weltkrieg waren sechs Vlothoer Juden im Kriegseinsatz, von denen vier starben. Nur Gustav Loeb und Louis Steinberg kehrten zurück.

1913 hatte Gustav Loeb das Kaufhaus des Bernhard van der Walde in der Langen Straße 104 erworben und baute es weiter aus. Die Manufakturwaren- und Modehandlung Rüdemberg in der Langen Str. 95 war das bedeutendste Geschäft in Vlotho. In Bonneberg gab es die Papierwarenfabrik Gebrüder Mosheim mit 20 Mitarbeitern.

Bis Anfang der 1930er Jahre existierten mehrheitlich in der Langen Straße das Haushaltswarengeschäft Simon, die Kolonialwarenhandlung Marcus, die Textilgeschäfte Seelig, Grietmann, Heynemann und Rosenwald. Mendel Grundmann führt eine Gerberei, Louis Steinberg eine Fleischerei, die Brüder Silberberg handelten mit Därmen. Die Familien Speyer, Weinberg und Katz waren Viehhändler, die Gebrüder Juchenheim hatten eine Getreide- und Futtermittelhandlung und Max Silberberg eine Farbengroßhandlung.

1896 stiftete Abraham Steinberg eine größere Summe für das Vlothoer Kriegerdenkmal, weitere Stiftungen leistete er anlässlich seines 80. Geburtstages 1905. Er gehörte von 1885 bis 1905 der Stadtverordnetenversammlung an. Max Rüdemberg war 1909 Schöffe des Ausschusses des „Verbandes der deutschen Juden“ in Berlin. 1896 stiftete Abraham Steinberg eine größere Summe für das Vlothoer Kriegerdenkmal, weitere Stiftungen leistete er anlässlich seines 80. Geburtstages 1905. Er gehörte von 1885 bis 1905 der Stadtverordnetenversammlung an. Max Rüdemberg war 1909 Schöffe des Ausschusses des „Verbandes der deutschen Juden“ in Berlin.

Vlothoer Juden gründeten 1931 eine Ortsgruppe des Vereins für jüdische Geschichte und Literatur. Noch 1936 wurde auf dem Gelände der Gebrüder Mosheim ein Sportplatz für jüdische Vereine eröffnet.

40

Vlotho, 1934 – 1958

Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung

1934 gab es die ersten Geschäftsboykotte und antisemitischen Aufrufe. Die Getreide- und Futtermittelhandlung Juchenheim musste 1936 verpachtet werden und wurde 1941 zwangsversteigert. Im liquidierten Geschäft Loeb richtete die Stadt 1939 ihr Wirtschaftsamt ein. Die Papierfabrik Mosheim wurde im Oktober 1938 „arisiert“.

In den Morgenstunden des 10. November 1938 verwüsteten vier SA- und SS-Männer die Vlothoer Synagoge. Sie zertrümmerten Türen und Fenster, brachen die Frauenempore und die Saaldecke ab, demolierten die Inneneinrichtung und zerstörten einen Teil des Dachstuhls. Die wertvollen Kultgegenstände fielen den Tätern in die Hände und gelten seitdem als „verschollen“. Auch in Vlotho initiierte Landrat Hartmann die Zerstörung. Bis heute ist nicht geklärt, ob auch Angestellte der Stadt die Zerstörung ausführten. Die Synagoge selbst wurde nicht in Brand gesetzt, da sich der Vlothoer Brandschutzmeister weigerte, die Verantwortung für die Nachbargebäude zu übernehmen. Die brennbaren Überreste der Synagoge mussten von jüdischen Männern zum Weserufer gebracht werden und wurden dort verbrannt. Die Ruine erwarb Kaufmann Eisenreich, der bereits das Kaufhaus Rüdenberg übernommen hatte. Erst 1956 wurden die Reste, wie auch das Schulgebäude, abgerissen. Im Entschädigungsverfahren von 1958 ging man von einem Wert von rund 72.000 DM aus.

Am 10. November 1938 wurden mittags das einzige noch bestehende Geschäft, die Manufakturwarenhandlung Loeb, sieben Häuser und fünf Mietwohnungen der Vlothoer Juden geplündert und demoliert. Alle über fünfzehn Jahre alten männlichen Juden Vlothos wurden verhaftet und in das KZ Buchenwald überstellt.

In den Jahren 1933 bis 1941 emigrierten 19 Juden aus Vlotho in die Niederlande, nach Großbritannien, Südamerika, China und in die USA, andere, wie die Familie Juchenheim, verzogen innerhalb Deutschlands. In die drei größeren Deportationen aus dem Raum Herford gelangten auch die letzten verbliebenen Vlothoer Juden. Henny Silberberg und ihre Tochter Jutta kehrten zurück und zogen in das frühere Haus der Familie Steinberg in der Mühlenstraße 5, wanderten dann aber 1947 in die USA aus. Die ebenfalls zurückgekehrte Margarete Bräutigam emigrierte 1952 in die USA.

Einige „Wiedergutmachungs-“ und Rückerstattungsverfahren wurden angestrengt, so erhielten die Erben der Familie Mosheim vom neuen Besitzer in einem Vergleich 600.000 DM.

41

Enger/Spenge, 1687 – 1817

Anfänge der jüdischen Gemeinde

Für Enger ist ab 1687 eine länger andauernde Anwesenheit von Juden nachweisbar. Alexander Nina erhielt ein Aufenthaltsrecht. Von 1693 ist ein Schutzbrief für seinen Schwiegersohn Hertzog David erhalten. Im preußischen Generalgeleit von 1714 sind für Enger drei Familien aufgelistet: Alexander Nine, sein Sohn Bendix Alexander und Abraham, der Ehemann der Witwe des Itzig Meier. Auch 1730 werden drei Familien erwähnt. Für

Wallenbrück gibt es erste Hinweise auf Juden für 1706 und 1714. 1739 werden zwei weitere Juden mit Aufenthaltsrecht in Enger nachgewiesen. 1744 und 1760 erhielten Emanuel Meyer und Samuel Alexander einen „ordentlichen“ Schutzbrief. 1764 werden neunzehn Juden gezählt, die zu drei Familien gehörten. Sie verfügten über geringes Vermögen und lebten zur Miete in Enger. 1778 gab es fünf Familien mit einundzwanzig Personen, 1787 neunundzwanzig Juden in fünf Haushalten. Die Engeraner Juden hatten einen unterschiedlichen rechtlichen Status.

1789 erwarb Moses Abraham als erster jüdischer Einwohner ein Haus in Enger, ihm wurde ein „nicht ganz unbedeutendes Vermögen“ attestiert. Die Mitglieder der kleinen jüdischen Gruppe waren in der Regel als Händler tätig, die ihre Waren auf den Märkten und Messen im Umland bezogen und verkauften. 1799 gab es 32 Juden in Enger. Nach der Vorgabe zur Annahme von Familiennamen 1808 finden sich die Familien Katz, Ganz, Vorreuter und Schneidacher. Für vier von sechs Familien wurden 1815 „gute Geschäfte“ bezeugt, sie waren als Kleinhändler tätig.

In Spenge sind für 1813 vier Juden mit ihren Familien nachgewiesen: Moses Ruben, Jacob Isaac Strelitzer, Abraham Silberberg und Hirsch Kämper. Sie kamen aus unterschiedlichen Herkunftsorten. 1817 bemerkte der Bünder Landrat, dass sich bereits sechs Familien mit 28 Personen in Spenge aufhielten und durch höhere Mietzahlungen andere arme Bewohner aus ihren Mietwohnungen verdrängten.

42

Enger/Spenge, 1747 – 1938

Synagoge, Gemeinde, Schule und Friedhof

1747 besaßen die drei Familien in Enger wahrscheinlich einen Betraum in privaten Räumen. 1796 gehörte Moses Abraham zu den Deputierten der ravenbergischen Judenschaft, daher dürfte sich eine Gemeinde in Enger gebildet haben.

1812 legte die Gemeinde den Grundstein zur Synagoge, die erst 1815 eingeweiht wurde. Das Fachwerkhaus war 58 Quadratmeter groß und besaß eine Frauenempore. Die Synagoge wurde auch von den damals 27 Juden in Spenge und von fünf aus Wallenbrück besucht. Einige Spenger schlossen sich 1843 wegen Konflikten mit der Gemeinde in Enger nicht der Gemeinde an und hielten eigene Gottesdienste ab.

1894 gehörten nur noch neun Stimmberechtigte zur Synagogengemeinde Enger inklusive Spenge, Wallenbrück und Jöllenbeck. Wegen der geringen Mitgliederzahl schloss sich die Gemeinde in Enger 1894 mit der Herforder Gemeinde zusammen. Die Synagoge blieb zunächst erhalten, erst 1927 wurde sie abgebrochen und mit dem Grundstück verkauft.

Ab 1772 sind mehrere wechselnde jüdische Lehrer für die Gemeinde nachgewiesen. 1806 waren fünf Kinder schulpflichtig. Die jüdischen Kinder besuchten die Elementarschule in Enger und erhielten bis 1875 in der Synagoge religiösen Unterricht, danach wurde ein Raum dafür angemietet. 1812 stellte die Gemeinde einen Kantor ein, der auch als Lehrer fungierte, weitere Lehrer und Kantoren setzten dieses bis 1895 fort. Um 1900 gab es keine jüdischen Kinder in Enger. Mitte der 1920er Jahre besuchten vier Kinder aus Enger den Unterricht in Herford bei Prediger Goldmann.

Die jüdischen Kinder in Spenge wurden seit 1824 von Privatlehrern unterrichtet, da der Weg nach Enger als zu weit galt. 1863 besuchten sechs der sieben schulpflichtigen Kinder aus Spenge jüdische Schulen in Herford, Detmold oder Bielefeld.

Vorsteher der jüdischen Gemeinde war ab 1824 Gottschalck Vorreuter, 1827 sein Sohn Abraham Gottschalk Vorreuter, es folgten Daniel Moses Ganz und Moses Katz. 1863 übernahm Kaufmann Markus Daniel Ganz das Amt. Zum Zeitpunkt der Auflösung der eigenständigen Gemeinde 1894 amtierte nochmals der 93-jährige Abraham Gottschalk Vorreuter.

Der jüdische Friedhof in Enger an der Ziegelstraße außerhalb des alten Stadtkerns ist mit einer ersten Bestattung ab 1826 nachweisbar, er dürfte aber schon früher angelegt worden sein. Bis 1828 wurden hier auch die Bündler Juden beerdigt. Ab 1860 erfolgte eine Anordnung der Grabsteine nach Familien. 1892 stiftete Abraham Gottschalk Vorreuter das eiserne Eingangstor. Von den alten Grabsteinen sind noch 55 erhalten. Der Friedhof wird seit der letzten Beerdigung von Moritz Marx 1938 nicht mehr genutzt und steht seit 1999 unter Denkmalschutz.

43

Enger/Spenge 1804 – 1933

Familien, Wirtschaft und Gesellschaft

Die Gemeinde in Enger wuchs im 19. Jahrhundert kurz an, viele Juden wanderten danach aber ab. 1804 lebten dort sechsundzwanzig, 1843 fünfundfünfzig, 1858 fünfzig, 1871 siebenundfünfzig und 1895 noch zweiunddreißig Juden. 1925 gab es nur noch achtzehn Juden. In Spenge lebten 1843 noch einunddreißig, 1858 siebzehn, 1871 sieben und 1895 nur noch fünf Juden. Zur Gemeinde Enger gehörten auch Wallenbrück mit 1858 zehn und 1871 fünf Personen, sowie Niederjöllenberg mit 1843 vier, 1858 sechs, 1871 vier und 1925 einem Einwohner jüdischen Glaubens.

1819 gab es in Enger antijüdische sogenannte „Hepp-Hepp-Krawalle“ und Prügelattacken gegen jüdische Hausbesitzer. Die Mehrzahl von ihnen waren als Kleinhändler tätig oder führten wie die Familie Spanier kleine Geschäfte. Im 19. Jahrhundert konnten sich nur die Familien Vorreuter und Ganz zu

wohlhabenderen Kaufleuten hocharbeiten. Die Familie Vorreuter besaß eine Zigarrenfabrik. In den 1920er Jahren betrieb auch die Familie Isacson zwei Zigarrenfabriken.

In den 1880er Jahren waren Juden auch im örtlichen Vereinsleben aktiv. Dem Sportverein Concordia gehörten ab 1864 einige Juden an. In der 1889 gegründeten Schützengesellschaft war 1894 „Frau Oberst Vorreuter“ Schützenkönigin. 1907 gründete Josef van Pels mit anderen eine Ortsgruppe des Roten Kreuzes.

Jüdische Soldaten aus Enger und Spenge nahmen am Krieg 1870/71 und am Ersten Weltkrieg teil. Adolf und Max Spanier spendeten 1922 neben weiteren Engeranern für eine Gedenktafel für die im Weltkrieg gefallenen Soldaten aus dem Turnverein Concordia.

In Spenge lebten die Familien Goldschmidt, Hartig und Baumann längere Zeit vor Ort, andere Juden verzogen schnell wieder. Die Familien lebten vom Hausier- und Kleinhandel im Umherziehen und galten eher als arm. Eine Ausnahme war Peritz Baumann, der als Buchbinder und Thoraschreiber tätig war.

Familie Ruben, deren erstes Oberhaupt Hirsch Ruben war, entwickelte sich aus armen Verhältnissen zur bedeutendsten und wohlhabendsten Familie der Gemeinde. Hirschs Sohn Joseph Ruben betrieb ab 1854 neben seinem Kaufmannsgeschäft eine Auswanderer-Agentur. Seine Witwe heiratete Jacob Vogel, der diese Agentur neben dem Textil- und Haushaltswarengeschäft weiterführte. Die Familie Vogel war 1895 die letzte jüdische Familie, die noch ihren Sitz in Spenge hatte.

44

Enger/Spenge, 1933 – 1948

Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung

1933 wohnten in Enger noch die Familien Spanier und van Pels. Arnold Spanier kam 1933 mit einem Austritt seinem Ausschluss aus dem Fußballverein „Spielvereinigung Wittekind“, in dem er als Berichterstatter und Kassierer fungiert hatte, zuvor. Josef van Pels wurde aus dem von ihm mitgegründeten Roten Kreuz gleich 1933 ausgeschlossen. 1935 gab es einen ersten Anschlag auf das Manufakturwarengeschäft der Witwe Amalie Spanier, es folgten weitere Boykottaktionen.

1937 und 1940 zogen einige Verwandte der Engeraner Familien in die Stadt. In der Pogromnacht 1938 zerstörten SA-Leute die Schaufensterscheiben der Geschäfte von Amalie und Max Spanier. Werner, Eduard und Arnold Spanier wurden im Polizeigefängnis Enger inhaftiert und über Bielefeld in das KZ Buchenwald verschleppt. Werner Spanier emigrierte kurz danach,

die Brüder Eduard und Arnold gingen im April 1939 in die USA. Die Witwe Amalie Spanier verkaufte im Dezember 1938 Geschäft und Haus und konnte im April 1939 ihren schon 1938 in die USA emigrierten Kindern folgen. Henny van Pels wanderte im August 1939 über London später nach Kolumbien aus.

Adele und Max Spanier gelang keine Flucht mehr. 1941 verkauften sie ihr Haus. Sie wurden 1942 nach Theresienstadt deportiert. Max Spanier sowie Bertha Marx, Jonas und Helene de Vries sind ermordet worden. Adele Spanier überlebte und emigrierte in die USA. Nach 1945 kehrte Henny van Pels zurück und verzog nach Melle.

Der Mord an Franziska Spiegel, geboren 1905 in Werl, stellt einen Sonderfall dar. Sie war 1943 mit Teilen ihrer bisher überlebenden Familie nach Werfen (heute Bünde) gezogen, um der Deportation zu entgehen, der schon ihr Vater und ihr Bruder zum Opfer gefallen waren. Im Spenger Hückerholz wurde sie am 4. November 1944 von SS-Leuten ermordet, die ihr einen Zettel mit dem Satz „Sie war eine Jüdin“ auf den Rücken hefteten. Die Gestapo verbot ihre Beisetzung, und sie wurde von ihrem Mann und anderen Helfern heimlich unter drei Eichen zwischen Werfen und Ahle begraben. Im Jahr 1948 wurde bei ihrer Exhumierung festgestellt, dass sie durch einen Schuss in den Hals getötet worden war. Die Täter waren bekannt, wurden aber nie angeklagt.

45

Kreis und Stadt Herford, 1945 – 1970

Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach 1945 restituierte die Stadt Herford nach und nach das Synagogengrundstück, das Gemeindehaus und den jüdischen Friedhof mit Kapelle an die „Jewish Trust Corporation for Germany“. Die aus wenigen Rückkehrern und Zugewanderten neuerstandene jüdische Gemeinde richtete im Gemeindehaus Komturststraße 21 einen kleinen Betsaal ein, der mit mehreren Veränderungen bis 2010 genutzt wurde. Ein schon nach 1945 erwogener Synagogen-Neubau kam aufgrund der kleinen Gemeinde und mangelnder öffentlicher Unterstützung nicht zustande.

Am 8. Januar 1949 trafen sich die jüdischen Gemeinden aus Herford und Bielefeld, um Religionsunterricht, Gottesdienst, sowie die Betreuung der Alten und Kranken gemeinsam zu organisieren. Am 9. November 1950 beging die Gemeinde einen Gedenkgottesdienst mit einer Ehrung der Opfer. Sie weihte eine Gedenktafel und -rolle mit den Namen der Opfer der Jahre 1933 bis 1945 ein, die 2010 in die neue Synagoge übernommen wurde. Das Gemeindeleben war in den 1950er Jahren bestimmt vom organisatorischem und religiösem Wiederaufbau durch regelmäßige Versammlungen und Gottesdienste. 1953 erfolgte die Anerkennung als Körperschaft des

öffentlichen Rechts. Die Gemeinde unterstützte zahlreiche Entschädigungsverhandlungen.

Die auf dem jüdischen Friedhof ausgebauten Grabsteine stellte sie Anfang 1946 wieder auf, ohne die alte Anordnung wiederherstellen zu können.

Auch die Synagogen in Bünde und Vlotho wurden nicht wieder errichtet. Die Herforder Gemeinde übernahm als „Betreuungsgemeinde“ die Angelegenheiten dieser nicht mehr existenten Gemeinden. Die teilweise als Vereine organisierten Synagogengemeinden lösten sich auf, so wurde die Synagogengemeinde zu Vlotho e.V. 1964 von Amts wegen gelöscht. Auch die erhaltenen Friedhöfe in diesen Orten blieben nur noch Denkmale.

Die Herforder Gemeinde bestand 1962 aus nur noch sechszwanzig Personen, die Zahl sank weiter. In Detmold hatte die 1946 wieder gegründete Gemeinde seit 1948 in der Gartenstraße 6 einen Betsaal, ein Schulzimmer für zunächst sieben jüdische Kinder und ein Altersheim eingerichtet. Sie schloss sich 1950 mit der Lemgoer Gemeinde zusammen. 1955 eröffnete sie in der Alleestr. 13 (später 29) ein neues Gemeindezentrum mit Betsaal und Wohnungen für drei ältere Personen. 1962 besaß Detmold noch 40 Mitglieder. 1965 stellten die ostwestfälisch-lippischen Gemeinden gemeinsam einen Vorbeter und Religionslehrer ein. Der Dortmunder Landesrabbiner betreute nun die Juden im gesamten Raum. Als 1970 die Detmolder Gemeinde auf zehn Personen gesunken war, schloss sie sich mit Herford zusammen. Die Alleestr. 13 wurde verkauft, das Inventar aufgeteilt. Zwei Thorarollen und der Schrein kamen nach Herford. Die Reste der früheren Synagoge Detmold wurden 1988 in eine Rauminstallation für die Opfer des NS-Regimes hinter der ehemaligen Synagoge in der Exterstraße integriert. An der Stelle der zerstörten Synagoge in der Lortzingstraße befinden sich seit 1963 und 1994 Gedenktafeln.

46

Kreis und Stadt Herford,

1990 – heute

Synagogenneubau und jüdische Gemeinde heute

Seit Beginn der 1990er Jahre erwog die Gemeinde, die sich 1970 zunächst durch den Zusammenschluss mit der Detmolder Gemeinde und dann durch die Zuwanderung vergrößert hatte, einen Synagogenneubau am Standort des alten Gotteshauses. Nach langen Verhandlungen über die Finanzierung durch das Land NRW, die beteiligten Kreise und Städte, aus Mitteln der Gemeinde selbst und von zahlreichen Spendern konnte im Dezember 2008 der Grundstein gelegt und die neue Synagoge am 14. März 2010 feierlich

eingeweiht werden.

Sie folgt in ihrem äußeren Erscheinungsbild auf Wunsch der wenigen Überlebenden der alten Gemeinde dem früheren Bau, wurde aber im Inneren völlig anders gestaltet. Im Obergeschoß befindet sich der eigentliche Synagogenraum, einmalig gestaltet mit einem Tonnengewölbe, in dem aus 248 verschieden großen Glühbirnen - angelehnt an die 248 positiven Gebote des Judentums - das Sternenbild Jerusalems zum Zeitpunkt der Grundsteinlegung leuchtet. Im Erdgeschoß befinden sich ein Versammlungsraum, der für die Feiern nach den Gottesdiensten und weitere Veranstaltungen genutzt wird.

In dem im früheren Bau nicht vorhandenen Keller sind neben den Toilettenanlagen zwei Küchen eingerichtet, die der koscheren Zubereitung dienen. Der verantwortliche Architekt Paul Gerhard Dahlmeier gestaltete mit den Fenstern, die symbolisch Tränen der Freude und der Trauer sowie den Davidstern zeigen, einem Relief zu den Schöpfungstagen im Giebel und weiteren Details zahlreiche Bezüge zur Geschichte des Standorts und der jüdischen Religion.

Das Gemeindehaus wird heute zu Wohnzwecken genutzt. Der Friedhof ist neben dem in Detmold der einzige noch genutzte im Gebiet der Gemeinde. Seit dem Zusammenschluss mit Detmold fanden und finden die Gottesdienste in Herford und oft in Kooperation mit der kleinen Gemeinde in Minden statt. In der neuen Synagoge fanden seit der Eröffnung aber nur wenige Bar/Bat Mitzwa-Feiern mit Kindern aus der Gemeinde statt.

Die Mitgliederzahl stieg bis 1990 auf etwa dreißig, 1996 wurden nach erster Zuwanderung aus der früheren Sowjetunion siebzig Mitglieder gezählt und 2011 erreichte die Gemeinde mit 114 Angehörigen die größte Zahl. Seitdem verringert sie sich auch wegen der hohen Durchschnittalters wieder.

47

Herford, 1932 – 1988

Geschichte und Ausstellung 1988

Prediger Siegmund Goldmann beendete seine 1932 verfasste erste Darstellung zur jüdischen Geschichte mit den Worten, die Herforder Juden hätten immer versucht, zum „Wohle der gesamten Stadt“ zu wirken. 1943 - nach den großen Deportationen - erschien ein Zeitungsartikel, in dem den Juden „Geschacherre und Ausbeutung“ vorgeworfen wurde.

Gustav Schierholz erwähnte die Pogromnacht und die Vernichtung der jüdischen Gemeinde in seiner Kriegschronik nicht. Im Band für 1949 schrieb er unter dem Titel „Herforder Juden“: „Die Zahl der Juden war vor 1933 verhältnismäßig groß, besonders die Zahl der jüdischen Konfektionshäuser“

und zitierte beschönigend nur einen Pressebericht: „Auch diejenigen, die behaupten, nichts von all dem gewußt zu haben, werden es inzwischen nicht mehr leugnen können ... Wenn auch in Herford in der Zeit des ‚1000jährigen Reiches‘ keinerlei besondere Aktionen durch die Polizei oder andere Behörden ... erfolgten, so konnten ... weder Brand noch Mord in Stadt und Kreis Herford verhindert werden.“

In den direkten Nachkriegsjahren gab es nur einige wenige Presseberichte, u.a. eine Bestandsaufnahme unter dem Titel "Was blieb von der jüdischen Gemeinde übrig? In Stadt und Kreis Herford heute nur noch 10% gegenüber der Vornazizeit" in der Freien Presse 1948. Ebenso wurde über die Prozesse gegen die Synagogenschänder von 1938 berichtet.

Im März 1964 gründeten die jüdische und die beiden christlichen Konfessionen eine Arbeitsgemeinschaft zur christlich-jüdischen Zusammenarbeit, die 1965 erstmals eine „Woche der Brüderlichkeit“ veranstaltete. Einen ersten öffentlichen Vortrag zur jüdischen Geschichte hielt Bürgermeister Kurt Schober 1965. Er nutzte dazu auch zwei Briefe, die ihm Hellmut Herzfeld aus Bielefeld im März 1965 geschrieben hatte.

Im Herforder Jahrbuch 1965 veröffentlichte Bernhard Brilling einen Beitrag über die alten Grabsteine auf dem Jüdischen Friedhof. Im der 1976 im städtischen Museum Herford neueröffneten Ausstellung kam die Geschichte der Juden nicht vor. 1977 Jahren erschien im Herforder Jahrbuch ein Beitrag zur Geschichte der Firma und Familie Elsbach. In der Geschichte der Herforder Industrie von 1952 und in einer Darstellung der Herforder Bekleidungs- und Wäscheindustrie von 1986 würdigten die Autoren auch die früheren Firmen in jüdischem Besitz.

Anlässlich der Einweihung des Gedenksteines am Ort der Synagoge, zu der 1978 die Stadt zusammen mit der Jüdischen Gemeinde und der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit einlud, hielten der Vorsitzende der Gemeinde Herbert Heinemann, Landesrabbiner Davidovic und Bürgermeister Schober Vorträge. Superintendent Gaffron schilderte eindringlich seine Wahrnehmung der Geschehnisse im November 1938. Der Stein wurde zunächst für den Neubau entfernt und steht seit einiger Zeit wieder vor der neuen Synagoge.

Die erste ausführliche wissenschaftlich intensive Erforschung entstand im Umfeld des bevorstehenden 50. Jahrestages des Novemberpogroms 1988. Christine und Lutz Brade recherchierten mit Jutta und Jürgen Heckmanns - durchaus begleitet von Widerstand in Verwaltung und Öffentlichkeit - erstmals in den lokalen und überregionalen Archiven und regten Besuchsprogramme an. Vom 19. bis 25. Mai 1987 besuchten 27 „ehemalige Herforder Bürger jüdischen Glaubens“ die Stadt, 1989 erfolgte ein zweiter Besuch. Jutta und Jürgen Heckmanns erstellten mit den jüdischen Herforderinnen und Herfordern und christlichen Zeitzeugen Videofilme.

Die vom 30. Oktober bis 24. November 1988 im Städtischen Museum gezeigte Ausstellung „Juden in Herford – 700 Jahre jüdische Geschichte und jüdische Kultur in Herford“ war mit 5170 Besucherinnen und Besuchern sehr erfolgreich. Auf den Katalog zur Ausstellung folgte 1990 ein Buch unter gleichem Titel, das den damaligen Forschungsstand zusammenfasste.

48

Kreis und Stadt Herford, 1965 – heute

Gedenken und Forschung

Seit 1989 betrieb der Verein „Kulturen in der Region e.V.“, der 1997 mit weiteren Akteuren das Kuratorium Erinnern Forschen Gedenken e.V. bildete, mit zahlreichen Einzelausstellungen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen die Errichtung einer dauerhaften Gedenkstätte. 2004 konnte die Gedenkstätte Zellentrakt im Herforder Rathaus eröffnet werden, die sich als Gedenkstätte für den gesamten Kreis Herford versteht.

1999 brachte das Kuratorium an der Kleinen Markthalle eine Tafel zur Erinnerung an die Deportationen an. Seit dem 6. Mai 2000 befindet sich - von der jüdischen Gemeinde aufgestellt - ein Mahnmal für ihre Opfer auf dem Friedhof. Dort werden die 91 Menschen, die sie als ihre Opfer zählt, namentlich genannt und 59 weitere Opfer aus dem Kreis summarisch aufgeführt. 2007 verlegten Schülerinnen und Schüler des Wilhelm-Normann-Berufskollegs Gedenkplatten in Herford. Seit 2008 werden in Herford Stolpersteine verlegt. Zahlreiche neue Einzelaspekte zur Herforder Synagogengeschichte und zum Schicksal der Juden in Herford wurden in den letzten Jahren publiziert.

In Vlotho besteht seit 1965 die Mendel-Grundmann-Gesellschaft, die sich mit der Erforschung der jüdischen Ortsgeschichte befasst und zahlreiche Publikationen, wie „Sie waren Bürger unserer Stadt“ 1988 und 2008 ein Gedenkbuch für die Opfer veröffentlichte. 1969 gab es einen ersten Besuch der 1937 und 1939 emigrierten Richard Grundmann und Hans Loeb, die der Einweihung des Mahnmals beiwohnten. 1989 fand anlässlich der Enthüllung der Gedenktafel auf dem Vlothoer Friedhof ein zweiter Besuch statt. 1991 wurde Hans Loeb Ehrenbürger und stiftete 1991 eine Thora-Rolle. Seit 2006 werden in Vlotho Stolpersteine verlegt.

In Enger erinnert seit 1986 am Synagogenstandort ein Gedenkstein. 1991 erschien eine umfassende Geschichte der Synagogengemeinde. Seit 2005 werden Stolpersteine verlegt. Am Mordort von Franziska Spiegel in Spenge Hücker-Aschen erinnert seit 1991 ein Gedenkstein, auch eine Straße wurde nach ihr benannt. 1994 folgte eine erste Dokumentation, die durch weitere Forschungen zu den Tätern und sogar einen Kriminalroman ergänzt wurde. 2004 wurde eine Übersicht zur Geschichte der Juden in Spenge publiziert.

Nachdem in Bünde 1978 eine erste Dokumentation zur Geschichte der Juden erschienen war, wurde auch eine Tafel am Haus der Familie Levison angebracht. 1988 entstand das Mahnmal auf dem Friedhof. Ebenso wurde die erste umfassende Geschichte der Bänder Synagogengemeinde im Dritten Reich veröffentlicht. Seit 2003 werden Stolpersteine verlegt. Wichtiger Träger der Erinnerungsarbeit war die seit 1999 bestehende Netzwerkgruppe am Gymnasium am Markt. Die Jugendlichen haben durch ihre Interviews mit Zeitzeugen einen Dialog zwischen den Generationen erreicht. Kontakte entstanden zu Überlebenden des Holocaust, meist in den USA. Gegenseitige Besuche in den USA und Bünde und ein Jugendaustausch fanden statt. Die Gruppe erhielt einen 1. Preis im Wettbewerb "Erinnern für Gegenwart und Zukunft". Daneben sind die Initiative 9. November, der Verein International und einige Einzelpersonen aktiv.